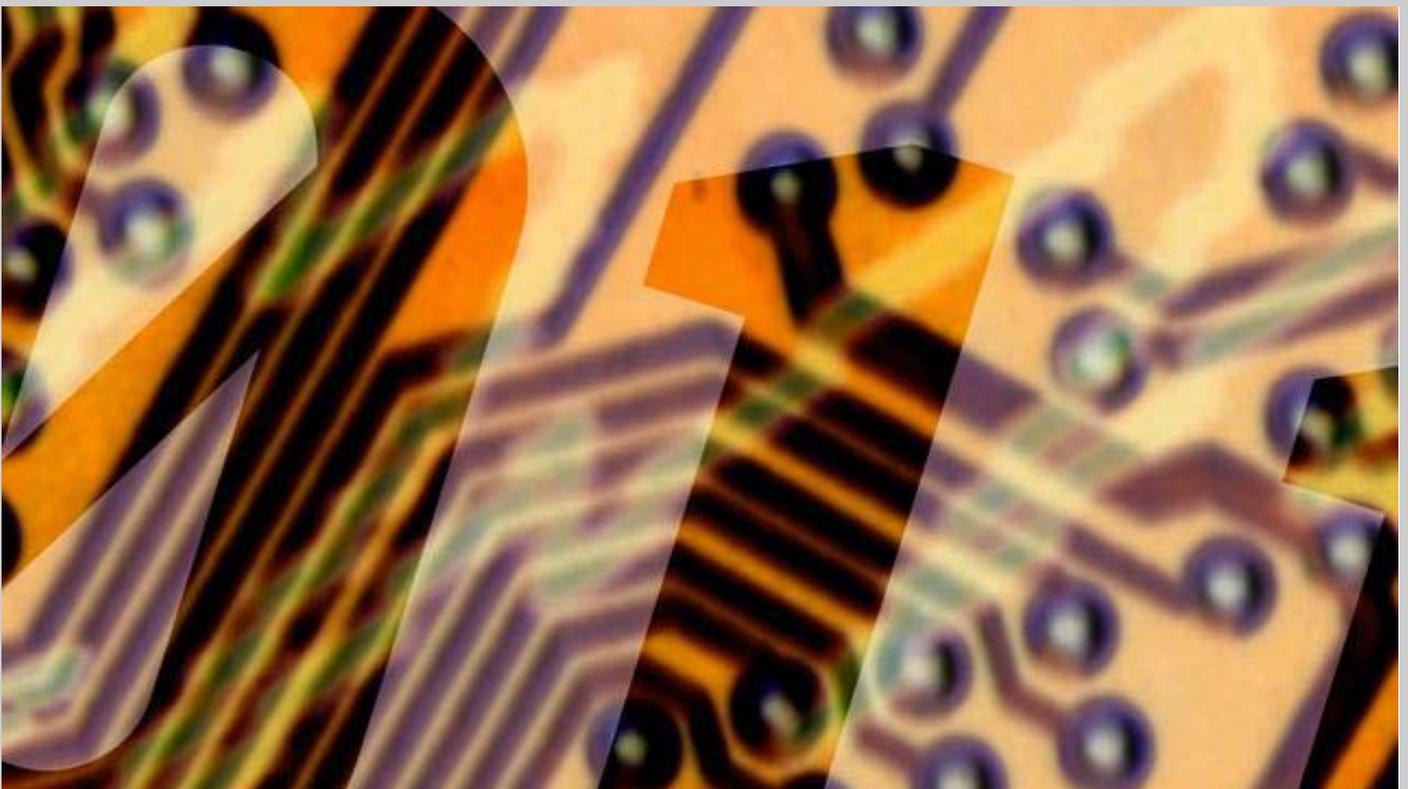


INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Januar - März



1/2007

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik

Nr. 1/ 2007
Januar – März 2007
(1039999-07001)

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
Neue Führungsspitze des Statistischen Bundesamtes:	5
Walter Radermacher ist neuer Präsident	5
Peter Weigl ist neuer Vizepräsident	6
61. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)	6
38. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (VN)	8
Erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik	9
Besuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)	10
ver.di-Statistiker besuchen das Statistische Bundesamt	10
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	11
Aktuelles vom Informationsservice für EU-Statistiken	11
Neuer Blickpunkt-Band „Deutschland in der Europäischen Union 2006“	12
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung, Standardkosten-Modell	12
Nachwuchsworkshop „Datenpotenziale für die empirische Sozialforschung – Arbeiten und Leben in Deutschland“	12
Forschungsdatenzentren: Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt ab sofort für Forschungszwecke verfügbar	13
Internationaler Workshop zum Thema Datenqualität	13
Öffentlichkeitsarbeit im Ausland	14
Erfolgreicher Abschluss des Kooperationsprojektes mit der Türkei	14
Servicebilanz 2006 des i-Punkt Berlin	15
Bürokratiekosten messen – Statistisches Bundesamt und DIHK vereinbaren Zusammenarbeit	16
Staatssekretär Dr. Beus besuchte den Arbeitsbereich Standardkosten-Modell	16
Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit	16
Deutsche Wirtschaft im Jahr 2006 kräftig gewachsen	16
Entwicklung ökonomischer Prognoseverfahren für die Erwerbstätigenrechnung	17
Preise, Außenhandel, Verdienste	17
Erstes Meeting des internationalen Projekts CENEX HICP in Wiesbaden	17
Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	18
Neuberechnung von Außenhandelsindizes	18
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001: Einzeldaten ab sofort als Scientific-Use-File verfügbar	18
Volkszählung, Staat	19
Workshop „Zur Einflussnahme der Wissenschaft auf das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik am Beispiel des Zensus 2010/2011“	19
Neue Statistik: Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit	20
Neugestaltung der Energiesteuerstatistik	20
Dienstleistungen, Auslandsberichterstattung	22
Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“	22
Neue Länderprofile erschienen	23
Gesundheit, Soziales, Private Haushalte	23
Neues Krankenhausverzeichnis veröffentlicht	23
Zentrale Statistik zum neuen Elterngeld	23
Berichte zur Pflegestatistik 2005 erschienen	24
Sonderheft zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ erschienen	24

Fünfte Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“	25
Personalmeldungen	25

Anhang

Tagungskalender

Übersicht über im Jahre 2006 verkündete statistische Rechtsgrundlagen

Sach- und Personenregister zum Jahrgang 2006 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: April 2007

Neue Führungsspitze des Statistischen Bundesamtes:

Walter Radermacher ist neuer Präsident

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat am 18. Januar 2007 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden Johann Hahlen aus seinen Ämtern als Präsident des Statistischen Bundesamtes und Bundeswahlleiter verabschiedet und **Walter Radermacher** als neuen Präsidenten und Bundeswahlleiter offiziell eingeführt.



W. Radermacher

Zum neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes gewandt, betonte Minister Schäuble: „Walter Radermacher gehört dem Statistischen Bundesamt seit bald 30 Jahren an und hat sich durch herausragende Leistungen vom Referenten in der Handelsstatistik bis zum Vizepräsidenten und nun zum Präsidenten des Amtes entwickelt. Ich wünsche ihm und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes vor allem in der arbeitsreichen Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und bei dem anstehenden Großprojekt der Beteiligung Deutschlands an der EU-weiten Volkszählung 2010/2011 gutes Gelingen“.

Als neuer Präsident wird Walter Radermacher für die Vorbereitung und Durchführung der ersten registergestützten Volkszählung in Deutschland im Jahr 2011 verantwortlich sein. Der bisherige Präsident Johann Hahlen hatte mit den Ergebnissen aus der Bevölkerungsstatistik den demografischen Wandel wieder verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt und sich für den Methodenwechsel hin zum registergestützten Zensus eingesetzt.

Auch zwei weitere große Projekte will Radermacher zügig vorantreiben: Neben der Reform der Unternehmensstatistik, die auf eine weitere Entlastung der befragten Unternehmen durch stärkere Nutzung von Registern und elektronischen Meldewegen abzielt, hat die praktische Umsetzung des sogenannten Standardkosten-Modells hohe Priorität. Hier hat das Statistische Bundesamt innerhalb kürzester Zeit aus eigener Kraft die erforderlichen Kapazitäten aufgebaut und sich damit als flexibler Dienstleister der Bundesministerien für das wichtige Thema Bürokratiekostenmessung erwiesen.

Walter Radermacher war am 22. Dezember 2006 zum neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt worden. Mit ihm steht ein gelernter Ökonom und Statistiker an der Spitze der obersten Statistikbehörde Deutschlands, der sich mit dem Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) internationale Anerkennung erworben und als Verwaltungschef des Amtes ein modernes Qualitätsmanagement eingeführt hat. Radermacher übernimmt das Amt von Johann Hahlen, der elf Jahre lang das Statistische Bundesamt leitete und Anfang Oktober 2006 als Staatssekretär in das Bundesministerium des Innern gewechselt war.

Johann Hahlen war am 2. Oktober 1995 als Präsident des Amtes nach Wiesbaden gekommen, wo er sich – obwohl von Hause aus Jurist und nicht Statistiker – rasch zum Kenner der Materie entwickelte. Als Bundeswahlleiter organisierte er in seiner Amtszeit zwei Europawahlen und drei Bundestagswahlen – die letzte Wahl 2005 in nur fünf Monaten und unter schwierigen Rahmenbedingungen.

Unter der Ägide Johann Hahlens entwickelte sich die Statistikbehörde zu einem modernen Informationsdienstleister. „Die Kommunikation statistischer Ergebnisse verlangt genauso viel Sorgfalt wie die Ermittlung der Zahlen“, so Johann Hahlen im Rückblick auf seine Amtszeit. Gerade aus der Euro-Teuro-Diskussion nach der Einführung des Eurobargelds hat das Statistische Bundesamt viel gelernt, seine Analysen intensiviert und neue Wege der Kommunikation beschritten, zum Beispiel jüngst mit dem neuen Preismonitor. Äußerlich markierte im Herbst 2001 das neue Corporate Design des Statistischen Bundesamtes mit der Wort-Bild-Marke „destatis – wissen.nutzen“, dass sich das Amt vom reinen Datenproduzenten zum Datendienstleister gewandelt hat.

In der Amtszeit von Johann Hahlen konnte im Herbst 2005 mit der Gesamtanierung des Wiesbadener Hauptsitzes begonnen werden. „Wenn das Hochhaus und die Nebengebäude bis 2012 saniert sind und die Ergebnisse des Zensus 2011 viele Statistiken auf eine aktuelle Grundlage gestellt haben, dann haben wir Statistiker allen Grund optimistisch in die Zukunft zu schauen. Dies haben wir zu einem guten Teil auch Johann Hahlen zu verdanken“, betonte Präsident Walter Radermacher in seinem Schlusswort.

Peter Weigl ist neuer Vizepräsident

Peter Weigl ist mit Wirkung vom 19. März 2007 mit der Wahrnehmung der Funktion des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes beauftragt worden. Peter Weigl war zuletzt Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium Süd in München. Nach Abschluss seiner juristischen Ausbildung trat er



P. Weigl

1989 in das Bundesministerium des Innern ein und wurde dort Referent im Bereich Wahlrecht und Parteienrecht. Zwischen 1992 und 1995 arbeitete er als Persönlicher Referent für die Staatssekretäre Kroppenstedt und Werthebach.

Anschließend kehrte er als Referatsleiter in den Wahlbereich zurück. Dort bereitete er das Gesetz zur Verringerung der Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages vor und arbeitete bei der Bundestagswahl 1998 und der Europawahl 1999 eng mit dem damaligen Bundeswahlleiter Johann Hahlen zusammen.

Anfang 2000 wechselte er als Abteilungsleiter Verwaltung zum damaligen Bundesgrenzschutzpräsidium Süd nach München. Fünf Jahre lang war er dort für die Bereiche Personal (7 600 Beschäftigte in Bayern und Baden-Württemberg), Recht, Organisation, Haushalt sowie Bau- und Liegenschaften zuständig, bevor er im Oktober 2005 zum Vizepräsidenten ernannt wurde.

Die Bedeutung der amtlichen Statistik als Planungsinstrument für belastbare und zukunftsorientierte politische Entscheidungen wird nach Ansicht von Peter Weigl in Politik und Medien immer wieder zu Recht betont. „Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen sind aktuelle, neutrale und aussagekräftige statistische Daten unerlässlich, um zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen“, so der 46-Jährige. Eine wichtige Aufgabe im Statistischen Bundesamt sieht Weigl darin, die innovative und anerkannte Dienstleistungsbehörde auf dem weiteren Weg der Modernisierung zu unterstützen.

61. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)

Am 15. Februar 2007 fand die 61. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) statt. Dieses Tref-

fen der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) findet viermal im Jahr statt. Die Sitzungsleitung hatte der Generaldirektor von Eurostat, Hervé Carré. Bulgarien und Rumänien nahmen als neue Mitgliedstaaten das erste Mal am ASP teil. Auch die Schweiz ist seit Beginn dieses Jahres – im Rahmen eines Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich Statistik – Mitglied im ASP.

Auf der umfangreichen Tagesordnung standen wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen.

Der ASP stimmte den folgenden Verordnungen im Komitologieverfahren mehrheitlich zu:

- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1365/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen,
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 586/2001 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken: Definition der industriellen Hauptgruppen (MIGS),
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken im Hinblick auf die Aufstellung von europäischen Stichprobenplänen.

Hinweis: Der im Titel der letztgenannten Verordnung verwendete Ausdruck europäische Stichprobe ist missverständlich. Einige Mitgliedstaaten liefern auf Antrag eine Auswahl an 2- und 4-Steller-Ergebnissen, was keiner Stichprobe im eigentlichen Sinne entspricht.

Eurostat legte den Vorschlag einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS, Folgeprogramm zu EDICOM II) vor. Der ASP unterstützte das Programm als integrierten Ansatz für die Modernisierung der Unternehmens- und Handelsstatistiken. Einige Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – waren der Ansicht, dass das Programm konkreter sein könnte und noch weiterentwickelt und spezifiziert werden müsse. Deutschland wird sich im Rahmen der Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass MEETS im Statistischen Mehrjahresprogramm 2008-2012 erwähnt wird. Die deutsche Delegation sprach sich dafür aus, dass im Bereich Intrastat alle Wege der Simplifizierung und

Modernisierung untersucht werden sollten. Hierzu zählten eine Einbeziehung des Dienstleistungshandels und eine parallele Weiterentwicklung von Intrastat und Extrastat.

Der ASP begrüßte den Bericht über die Ergebnisse des Centre of Excellence (CENEX) zum Thema Statistische Geheimhaltung. Er unterstützte die allgemeine Umsetzung des CENEX-Modells unter der von Eurostat vorgeschlagenen neuen Bezeichnung „ESSnet“. Der ASP forderte die Kommission (Eurostat) auf, für die ESSnet-Projekte ausreichende Mittel bereitzustellen. Einige Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – baten darum, die Auswahlverfahren der Projekte, die administrative Unterstützung und die Finanzmechanismen zu überdenken. Eurostat wird einen Vorschlag für die Projektauswahl unter Einbeziehung des ASP vorbereiten.

Auf der DGINS-Konferenz im September 2006 in Krakau wurde eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verbesserung der Funktionsweise des Europäischen Statistischen Systems (ESS) erörtert. Basierend auf einem Papier der Niederlande, Großbritanniens und Deutschlands legte die ASP-Partnerschaftsgruppe dem ASP einen ersten Entwurf zur systematischen Umsetzung der in Krakau gemachten Vorschläge vor. Der ASP unterstützte diesen „Krakauer Aktionsplan“ und die Einrichtung von drei Task Forces unter Federführung der Partnerschaftsgruppe, die mit seiner konkreten Umsetzung betraut werden: TF1 „Rechtlicher und institutioneller Rahmen“, TF2 „Herausforderungen an die Statistik“ und TF3 „Ressourcen-Management und Programmplanung“. Hinweis: Deutschland wird an allen drei Task Forces mitwirken. Bei Task Force 3 hat Präsident Radermacher den Vorsitz (Co-Chair: Stephen Kaiser von Eurostat).

Die britische Delegation berichtete über ein zurzeit in Großbritannien laufendes Gesetzgebungsverfahren zur Stärkung der Unabhängigkeit der amtlichen britischen Statistiken. Der ASP bat darum, auf einer der nächsten Sitzungen über den Stand der Beratungen informiert zu werden.

Ein von Eurostat vorgelegtes Papier über Verbesserungen der Finanzhilfvereinbarungen innerhalb des ESS wird vom Ausschuss in vielen Punkten begrüßt. Es blieben aber noch viele Fragen offen. Das Statistische Bundesamt wird bilaterale Gespräche mit Eurostat führen, um offene Fragen zu klären und um aus deutscher Sicht notwendige Anpassungen bei der Handhabung von Verträgen zu besprechen. Heftig diskutiert wurde die Frage der Ex post Kontrollen von Beihilfen. Frankreich und andere Mitgliedstaaten deuteten

an, rechtliche Schritte einzuleiten, wenn die Kommission nach wie vor auf dem Nachweis der Gehaltsbescheinigungen der an den früheren Projekten beteiligten Mitarbeiter beharre.

Mit dieser Thematik wird sich u. a. die Task Force 3 zum Krakauer Aktionsplan befassen.

Der ASP nahm den Fortschrittsbericht der Pilotstudie zur Einbeziehung der Preise zum selbstgenutzten Wohneigentum in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zur Kenntnis. Das Projekt verzögert sich insgesamt, da einige Mitgliedstaaten den Zeitrahmen nicht einhalten. Hinweis: Deutschland wirkt an den Pilotstudien mit und arbeitet nach Zeitplan.

Eurostat berichtete über die Ergebnisse der Beratergruppe für die Koordinierung der technischen Zusammenarbeit der EU im Statistikbereich. Deutschland wirkt an der Beratungsgruppe mit und sprach sich für den vorgeschlagenen Austausch von Erfahrungen und besten Methoden aus. Alle geplanten Aktivitäten müssten aber aus deutscher Sicht zwingend mit den entsprechenden Arbeiten internationaler Organisationen, vor allem über die Weltbank, koordiniert werden. Der ASP begrüßte den Eurostat-Bericht. Kontrovers diskutiert wurde die Einrichtung einer Datenbank mit Experten aus den verschiedenen Mitgliedstaaten. Dieses Thema soll weiterverfolgt werden, vor allem die Frage, ob im Rahmen eines Expertenpools Institutionen oder einzelne Personen genannt werden sollten.

Der ASP beriet kurz über wichtige Themen der Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen vom 27. Februar bis 2. März 2007. Präsident Radermacher kündigte an, dass die deutsche Ratspräsidentschaft im Vorfeld der UN-Sitzung zu einem informellen Gespräch einladen werde, um einen Meinungsaustausch mit den europäischen Kollegen zu ermöglichen und ggf. eine einheitliche Position des ESS abzustimmen. Im Vordergrund werde der Tagesordnungspunkt „Revision des Systems of National Accounts“ stehen.

Präsident Radermacher berichtete über den Stand der Arbeiten der deutschen Ratspräsidentschaft, vor allem die bisherigen Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe Statistik und die Verhandlungen mit den Berichterstattern des Europäischen Parlamentes. Die verteilte Unterlage „Progress Report on Statistical Legislative Dossiers“ gibt einen Überblick über den Stand der in der Ratsarbeitsgruppe Statistik behandelten Rechtsakte. Insgesamt werden parallel 22 Statistikrechtsakte von der deutschen Präsidentschaft

behandelt, darunter das Statistische Mehrjahresprogramm 2008-2012, die Zensusverordnung, die Energiestatistikverordnung sowie Rechtsakte zur Einrichtung eines High Level Boards zur Überwachung des Code of Practice bei Eurostat sowie zur Modernisierung des Nutzergremiums CEIES. Wichtiges Querschnittsthema, das die Ratspräsidentschaft zurzeit berät, ist die Anwendung des geeigneten Komitologieverfahrens, wenn in den Rechtstexten Qualitätsaspekte angesprochen werden.

Ausführliche Informationen zum Beratungsstand der einzelnen Dossiers finden sich auf der Internetseite der Präsidentschaft unter www.destatis.de/EU2007.

Termine für die weiteren ASP-Sitzungen in diesem Jahr sind der 24. Mai 2007, der 19. September 2007 und der 8. November 2007.

38. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (VN)

Die Statistische Kommission der Vereinten Nationen, das höchste Statistikergremium auf Weltebene, tagt jährlich am Sitz der Vereinten Nationen in New York. Die Mitgliedschaft der 24 Ländervertreter wechselt im Vierjahresrhythmus; mehr als 100 Länder und internationale Organisationen senden ihre Vertreter als Beobachter zu den Sitzungen. Deutschland ist seit 2004 wieder Mitglied der Statistischen Kommission.

Anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen fanden verschiedene Sonderveranstaltungen statt; am Rande der Tagung führte die deutsche Delegation zahlreiche Gespräche mit Vertretern anderer Mitgliedstaaten und der internationalen Organisationen. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, leitete im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine informelle Sitzung zur Abstimmung einer europäischen Position vor der Tagung und unterzeichnete ein Kooperationsabkommen mit der Russischen Föderation. Ferner fand ein Treffen mit der Statistikabteilung der Vereinten Nationen statt, bei dem Fragen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen auf der Tagesordnung standen. Präsident Radermacher nahm außerdem an einer Sitzung des Büros des OECD-Statistikausschusses teil.

Im Folgenden werden die aus Sicht der deutschen Delegation wichtigsten Ergebnisse der 38. Sitzung der Statisti-

schen Kommission der Vereinten Nationen zusammengefasst:

Die Arbeiten an der Revision des Systems of National Accounts der Vereinten Nationen (SNA 1993), das den Rahmen für weltweite Vergleiche der Wirtschaftsleistungen der Länder bildet, schreiten voran. Die Intersecretariat Working Group on National Accounts legte ihren Bericht über die Revision des SNA 1993 vor. Die Statistische Kommission der Vereinten Nationen verabschiedete das von der Working Group vorgeschlagene Paket von 44 Empfehlungen zur Revision des SNA 1993. Zur Erleichterung der Umsetzung – vor allem in den Entwicklungsländern – sollen Handbücher erstellt und die Statistikkapazität mittels Fortbildung und technischer Zusammenarbeit verbessert werden. Das aktualisierte SNA 1993 soll im Frühjahr 2008 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (als Empfehlung) verabschiedet werden. Im Jahr 2009 soll ergänzend eine Interpretation der Konten sowie der Anwendung von Satellitensystemen erfolgen. Letzteres ist – zumindest auf europäischer Ebene – u. a. für die Verbuchung der Pensionen vorgesehen. Auf Vorschlag der deutschen Delegation setzte die Statistische Kommission der Vereinten Nationen eine High Level Group ein, um den derzeitigen Revisionsprozess zu evaluieren und um langfristige Auswirkungen auf das SNA und notwendige Änderungen frühzeitig zu erkennen. Die Gruppe soll sich u. a. mit den Themen „Abwägen von verschiedenem Nutzerbedarf“, „Theorie und Praxis der Erhebung der Basisdaten“, „Beobachtbare Transaktionen/Schätzungen“ und „Rolle von Satellitensystemen versus Kernsystem der VGR“ befassen. Die Working Group wird diese Gruppe – in der auch die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vertreten sein werden – einsetzen und unterstützen. Die Statistische Kommission der Vereinten Nationen wird regelmäßig Berichte über den Sachstand erhalten. In den Diskussionen wurde deutlich, dass sich der Abstand bei der Statistikbereitstellung zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern im Zuge der Überarbeitung des SNA 1993 vergrößern dürfte, da die hiermit verbundenen methodischen Anforderungen die Entwicklungsländer angesichts fehlender Basisdaten und geringerer Erfahrungen mit Schätzverfahren vor kaum zu bewältigende Herausforderungen stellen.

Präsident Radermacher berichtete als Vorsitzender des vor zwei Jahren eingerichteten Committee on Environmental-Economic Accounts über den Sachstand der Arbeiten. Das Committee, in dem internationale Organisationen und

Expertengruppen im Bereich der Umweltgesamtrechnungen, Umwelt- und Energiestatistik vertreten sind, hat ein langfristiges Arbeitsprogramm zur Weiterentwicklung und Harmonisierung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen entwickelt. Das System of Environmental Economic Accounting (SEEA 2003) soll schrittweise in den Mitgliedstaaten implementiert und bis 2010 zu einem internationalen Standard gemacht werden. Die Kommission begrüßte den Fortschritt der Arbeiten des Committee. Teil I des SEEA für Wasser (SEEAW) wurde als vorläufiger (interim) internationaler Standard angenommen; die Statistikabteilung der Vereinten Nationen wird zur nächsten Sitzung der Statistischen Kommission einen Implementierungsplan vorlegen. Das Committee wurde gebeten, den Rahmen für ein Projektmanagement zur Revision des SEEA 2003 zu erarbeiten und in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Die statistischen Indikatoren für das Zielerreichungsmonitoring der Millennium Development Goals (MDG) und der Aufbau statistischer Kapazitäten in den Entwicklungsländern, der eine wichtige Voraussetzung für die Bereitstellung einer zuverlässigen Datengrundlage für das Zielerreichungsmonitoring darstellt, waren auch auf der 38. Sitzung der Statistischen Kommission wichtige Themen. Die Berichte und Empfehlungen des Generalsekretariats zu diesen Punkten fanden breite Zustimmung. Die Ergebnisse der gemeinsamen Bemühungen der Statistikabteilung der Vereinten Nationen und der zuständigen Intersecretariat Working Group, die statistische MDG-Indikatorendatenbank der Vereinten Nationen inhaltlich und strukturell zu verbessern, wurden allgemein anerkannt. Die Vertreter der Mitgliedstaaten und der internationalen Organisationen waren sich einig, dass die Datenlage noch immer unzureichend ist, dass auf nationaler Ebene oft Koordinierungsprobleme hinsichtlich der Datenlieferungen für die Indikatorendatenbank bestehen und dass die Statistiksysteme in den Entwicklungsländern nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für den Aufbau der erforderlichen Kapazitäten haben. Die Entwicklungsländer forderten, dass die Nutzung der von den nationalen Statistiksystemen erstellten Statistiken Vorrang haben müsse vor der Verwendung von Ergebnissen, die auf Schätzungen oder eigenen Erhebungen internationaler Institutionen beruhen. Letztere sollen – stets in enger Abstimmung mit den für Statistik auf nationaler Ebene zuständigen Stellen – nur dann verwendet werden, wenn keine von den nationalen Stellen erhobenen Daten vorliegen. Hervorgehoben wurde die wichtige Rolle der UN-Regionalorganisationen bei der

Koordinierung und Organisation von an den MDG-Indikatoren orientierten Fortbildungsmaßnahmen für Statistiker ihrer Regionen. In der Diskussion über den Aufbau statistischer Kapazitäten in den Entwicklungsländern wurde das Koordinierungsproblem thematisiert, das sowohl bei den internationalen Geberinstitutionen als auch in den Empfängerländern besteht. Es führe zu Doppelarbeit, Absorptionsproblemen bei den Empfängerinstitutionen und zu Kapazitätsengpässen bei der Bereitstellung von Experten. Die Statistische Kommission sprach sich dafür aus, der Statistikabteilung der Vereinten Nationen eine Koordinierungsrolle für die interne Abstimmung der Unterstützungsprogramme zum Aufbau statistischer Kapazitäten innerhalb der Vereinten Nationen zu geben und zu diesem Zweck eine Task Force einzurichten. Die Vertreter der Mitgliedstaaten betonten, dass Unterstützungsprojekte längerfristig angelegt und am Bedarf der Empfängerländer orientiert sein müssen, um im Sinne der Nachhaltigkeit und Eignerschaft (ownership) wirksam zu sein.

Die nächste Sitzung der Statistischen Kommission findet vom 26. bis 29. Februar 2008 in New York statt.

Erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik

Nach den ersten drei Monaten der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik fällt die Halbzeitbilanz positiv aus. So hat das Europäische Parlament bereits im März den Verordnungen über Migration und internationalen Schutz und über die Strukturelle Unternehmensstatistik in erster Lesung zugestimmt, so dass der Ministerrat voraussichtlich im Juni dieses Jahres die Rechtsakte endgültig verabschieden kann. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, hatte als Vorsitzender der Ratsarbeitsgruppe Statistik erfolgreich zwischen der Position der Mitgliedstaaten und den Änderungswünschen des Parlaments vermittelt und so aufbauend auf den Vorarbeiten der finnischen und österreichischen Präsidentschaften eine einvernehmliche Lösung erzielt.

In den ersten drei Monaten der Präsidentschaft standen darüber hinaus die Beratungen zum neuen Statistischen Programm der Gemeinschaft für die Jahre 2008 bis 2012 im Vordergrund. Dabei hat sich die deutsche Präsidentschaft dafür eingesetzt, durch eine klare Prioritätensetzung und flächendeckende Kosten-Nutzen-Analysen die Belastungen der Befragten und der Wirtschaft zu reduzieren.

Nach den bisherigen Verhandlungen in der Ratsarbeitsgruppe Statistik und im Europäischen Parlament zeichnet sich derzeit eine einvernehmliche Lösung zum neuen Statistischen Mehrjahresprogramm noch unter deutscher Präsidentschaft ab. Der Vorschlag für eine Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen ist ein weiterer wichtiger Rechtsakt, der derzeit in der Ratsarbeitsgruppe Statistik beraten wird. Mit dieser Verordnung für eine EU-weite Zensusrunde 2010/2011 sollen die Voraussetzungen für europaweit vergleichbare Bevölkerungszahlen – bei gleichzeitiger Minimierung der Kosten und der Belastungen für die Befragten – geschaffen werden. Weitere wichtige unter deutscher Präsidentschaft diskutierte Verordnungsentwürfe sind die geplante Verordnung über Energiestatistiken, der geplante Beschluss zur Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums zur Einhaltung statistischer Qualitätsstandards und die geplante Verordnung zu landwirtschaftlichen Betriebsstrukturhebungen ab 2010.

Im Bereich der amtlichen Statistik werden derzeit mehr als zwanzig verschiedene europäische Rechtsakte, die sich in verschiedenen Phasen der Beratung befinden, vom Präsidentschaftsteam des Statistischen Bundesamtes betreut. Die Verhandlungen in der Ratsarbeitsgruppe und auch die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament als Mitgesetzgeber sind dabei von Beginn an von einer äußerst konstruktiven und zielführenden Atmosphäre geprägt.

In der ersten Hälfte der sechsmonatigen deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 haben bislang vier Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe Statistik stattgefunden, fünf weitere werden bis Ende Juni 2007 folgen. Das Statistische Bundesamt informiert auf der Website www.destatis.de/EU2007 aktuell über die Beratungen der Gesetzesvorhaben im Bereich der Statistik während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Besuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Am 8. März 2007 besuchten Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) das Statistische Bundesamt in Wiesbaden, um sich mit dessen Fachleuten über die langfristigen Entwicklungen in der Unternehmens- und Wirtschaftsstatistik auszutauschen.

Das Strategiegelgespräch behandelte die Frage, unter welchen Voraussetzungen externe Institutionen Statistiken

mit Hilfe von Informationen aus dem Statistischen Bundesamt (etwa aus dem Unternehmensregister) erstellen können und sollten, zu welchen neuen Themen das Statistische Bundesamt als Datenlieferant in Frage kommt, wie sich der zunehmend wichtige Handel mit Dienstleistungen neben dem in der Außenhandelsstatistik erfassten Warenhandel abbilden lässt, wie das Unternehmensregister weiterentwickelt werden kann und welche rechtlichen Voraussetzungen dazu nötig sind.

Die Diskussion der Frage, unter welchen Voraussetzungen das BMWi Forschungsprojekte beim Statistischen Bundesamt finanzieren kann, brachte beide Seiten einen Schritt weiter. Konkretes Beispiel ist ein Bericht über die wirtschaftliche Bedeutung der Kulturbranche, den das Statistische Bundesamt mit Hilfe des BMWi erstellen könnte.

ver.di-Statistiker besuchen das Statistische Bundesamt

Die Vertreter von ver.di wollten aus erster Hand erfahren, wie das Statistische Bundesamt den Stand der Reformen einschätzt, die der Masterplan in der amtlichen Statistik angestoßen hat. Der Leiter der Abteilung II „Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden“ konnte berichten, dass der Masterplan zur Reform der amtlichen Statistiken der Softwareentwicklung schon große Fortschritte gebracht hat. Eine Zusammenarbeit in der Statistikproduktion steht noch aus, aber nach den Beschlüssen der Amtsleiterkonferenzen vom vergangenen November und Dezember wollen die statistischen Ämter noch 2007 mit ersten ausgewählten Statistiken beginnen. Präsident Radermacher zog für das Statistische Bundesamt eine positive Zwischenbilanz des Masterplans.

ver.di erkennt den anstehenden Veränderungsprozess in der amtlichen Statistik an und möchte von allen statistischen Ämtern als Partner gesehen werden. Mit dem Statistischen Bundesamt bestand Einigkeit darüber, dass die hohen Anforderungen an die Statistik der Zukunft nicht zu meistern sind, wenn sich das statistische System in Deutschland nicht verändert. Der Trend lautet: Es kann nicht mehr jedes statistische Amt alle Prozesse selbst erledigen. Die Zukunft gehört wahrscheinlich „Kompetenzzentren“, die auf ihrem Gebiet Spezialisten sind. In dieser Struktur kommt es nicht auf die Größe eines statistischen Amtes an. Wichtiger als das Bestreben, jedes Amt als „Statistik-Vollsortimenter“ zu erhalten, scheint es, dass

statistische Stellen überhaupt als Institutionen eigenständig bleiben können.

Zum Thema „Ist der Zentralismus die Zukunft in der amtlichen Statistik?“ veranstaltet die ver.di-Bundesfachgruppe „Statistische Ämter“ vom 7. – 11. Mai 2007 ein Seminar in Berlin.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Aktuelles vom Informationsservice für EU-Statistiken

Seit kurzem besteht ein Zugang zu einer neuen kostenlosen Datenbank des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zum Thema Nachhaltigkeit. Darüber hinaus stehen aufgrund der EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien und der Aufnahme Sloweniens in die Eurozone bei allen Eurostat-Statistiken neue europäische Aggregatwerte zur Verfügung.

Der EDS Europäischer Datenservice – die Servicestelle des Statistischen Bundesamtes für Eurostat-Daten – informiert im Folgenden über diese aktuellen Entwicklungen und stellt darüber hinaus einige neue Veröffentlichungen zur europäischen Statistik vor.

Datenbank zur Nachhaltigkeit

Mit den in der neuen Datenbank nachgewiesenen Nachhaltigkeitsindikatoren soll die 2001 vom Europäischen Rat in Göteborg verabschiedete Strategie für nachhaltige Entwicklung überwacht werden. Erklärtes Ziel des Rates ist es, die wirtschaftliche Entwicklung der EU umwelt- und sozialverträglich zu gestalten. Die Indikatoren sind in zehn Themenbereiche untergliedert: wirtschaftliche Entwicklung, Armut, Überalterung, Gesundheit, Energie, Konsum und Produktion, natürliche Ressourcen, Verkehr, Staatsführung und globale Partner. Die Bandbreite der Daten ist beträchtlich – gemeinsam ist allen Indikatoren lediglich ihre Bedeutung für die Nachhaltigkeitsstrategie der EU: Von Kraft-Wärme-Kopplung und Grundwasserentnahme bis hin zur Altersarmut und dem Verkauf von Fairtrade-Produkten finden sich hier eine Reihe von Zahlen, die aktuelle gesellschaftliche Debatten statistisch untermauern können (www.eds-destatis.de/de/database/database.php).

EU-Erweiterung und Aufnahme Sloweniens in die Eurozone

Seit dem 1. Januar 2007 umfasst die Europäische Union (EU) zwei weitere osteuropäische Staaten: Rumänien und Bulgarien. Auch die Eurozone ist um den osteuropäischen Staat Slowenien erweitert worden. Das EU-Gesamtaggregat umfasst somit fortan 27 statt 25 EU-Mitgliedstaaten. In den einzelnen Themenbereichen der Eurostat Datenbank wird das EU-27-Aggregat nach und nach eingeführt, während das EU-25-Aggregat bis zum Jahresende parallel weiter veröffentlicht wird. Analog steht bei Statistiken zur Eurozone das neue EA-13-Aggregat und bis Ende 2007 zusätzlich ein EA-12-Ergebnis zur Verfügung. Auf der EDS Website werden die zwei neuen EU-Staaten und Slowenien als jüngstes Mitglied der Eurozone im „Thema des Monats Januar 2007“ porträtiert (www.eds-destatis.de/de/tdm/arch.php).

Neue Veröffentlichungen Eurostats

- „Bevölkerungsstatistik 2006“ liefert EU-Daten zu Migration, Bevölkerungsentwicklung, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit. Ein Schwerpunkt sind die Bevölkerungsvorausschätzungen für den Zeitraum bis 2050.
- Die Veröffentlichung „Panorama on Tourism“ präsentiert für alle EU-15-Staaten die Zahl der Übernachtungen in in- und ausländischen Beherbergungsstätten, Statistiken zur Beschäftigung und Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich sowie die privaten Konsumausgaben für touristische Zwecke.
- Das jährlich erscheinende „Regionen Jahrbuch“ (Ausgabe 2006) porträtiert die NUTS-2-Regionen sämtlicher EU-Mitgliedstaaten. Die Ebene NUTS 2 entspricht in Deutschland den Regierungsbezirken. Skizziert werden unter anderem das regionale Bruttoinlandsprodukt, der Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen und der Verkehr. Ein Spezialkapitel enthält auch Daten zu den europäischen Metropolen.

Alle Publikationen sind kostenfrei im PDF-Format erhältlich (www.eds-destatis.de/de/publ/publ.php).

Beim EDS Europäischer Datenservice erhalten alle Nutzer seit Ende 2004 eine kostenlose Beratung zu den Datenbanken, Veröffentlichungen und Methoden Eurostats. Gegen Entgelt werden auch maßgeschneiderte Datenbankextrakte zusammengestellt.

Weitere Informationen zum EDS Europäischer Datenservice erhalten Sie unter der Telefonnummer 01888/644-9427 oder per E-Mail: eds@destatis.de.

Neuer Blickpunkt-Band „Deutschland in der Europäischen Union 2006“

Studium in Frankreich, Urlaub in Litauen, Job in Schweden oder Altersruhesitz in Spanien – wie selbstverständlich überschreiten wir heute in der Europäischen Union Ländergrenzen. Aber nicht nur die Menschen werden immer mobiler: Im Supermarkt um die Ecke kaufen wir Spargel aus Polen und Milch aus Dänemark. Jugendliche in Italien hören die gleiche Musik wie ihre Altersgenossen in Finnland und dank der modernen Technik sind wir mit jedem Winkel des Kontinents vernetzt. Kein Zweifel: Europa rückt immer näher zusammen.

In Zeiten der zunehmend grenzenlosen Verflechtung von Gesellschaft und Wirtschaft wird es immer wichtiger, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Das Statistische Bundesamt nimmt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 deshalb zum Anlass, den Standort Deutschlands in der Europäischen Union in einem neuen Blickpunkt-Band statistisch zu beschreiben. Die Publikation gibt Antworten auf Fragen wie: Wo steht Deutschland im Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn? Sind die Geburtenzahlen nur bei uns so niedrig? Geben wir vergleichsweise viel oder wenig Geld für Forschung und Bildung aus? Wo sind Frauen besonders stark am Erwerbsleben beteiligt? Wo in Europa wächst die Wirtschaft am stärksten? Wie unterschiedlich hoch sind die Treibhausgasemissionen?

Der Band ist in deutscher und englischer Sprache erschienen und kann in gedruckter Form zum Preis von 9,80 Euro im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) oder im Buchhandel erworben werden (deutsch: ISBN 978-3-8246-0787-7, englisch: ISBN: 978-3-8246-0788-4). Außerdem steht der komplette Inhalt in deutscher und englischer Sprache als PDF-Datei zum kostenfreien Download im Statistik-Shop zur Verfügung.

Fachliche Auskünfte zu den Inhalten der Veröffentlichung und zum Datenangebot der europäischen Statistik erteilt der EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes (www.eds-destatis.de, E-Mail: eds@destatis.de oder Telefon 0 18 88/6 44-94 27 oder -94 28).

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung, Standardkosten-Modell

Nachwuchsworkshop „Datenpotenziale für die empirische Sozialforschung – Arbeiten und Leben in Deutschland“

Vom 12. bis 16. März 2007 führten die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit für den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) erstmals einen Nachwuchsworkshop für junge Forscherinnen und Forscher in Nürnberg durch, die in ihren Arbeiten auf Daten der Forschungsdaten- und Datenservicezentren zurückgreifen. Die Hälfte der 24 Teilnehmer stützte sich dabei in Ihren Projekten auf Mikrodaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Ziel des Workshops war das Erlernen bzw. Verbessern des praktischen Umgangs mit Mikrodaten aus den Forschungsdatenzentren. Neben kurzen Vorträgen zu den verwendeten Datensätzen und statistischen Methoden, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung die Weiterentwicklung und Bearbeitung der durch die Teilnehmer selbst gewählten wissenschaftlichen Projekte (Dissertationen oder Diplomarbeiten) sowie die Betreuung bei der Umsetzung mit statistischer Analysesoftware (STATA, SPSS und SAS).

Das Angebot während der praktischen Arbeit die Hilfe von datensatzkundigen Mitarbeitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Anspruch zu nehmen, wurde durch die Teilnehmer sehr gut angenommen und geschätzt. Gleichzeitig ergab sich die Möglichkeit für die amtliche Statistik ein direktes Feedback zu den bereitgestellten Datensätzen zu bekommen, so dass die Veranstaltung für beide Seiten ein Erfolg war und eine Wiederholung im nächsten Jahr geplant ist.

Weitere Informationen erhalten Sie per E-Mail: forschungsdatenzentrum@destatis.de.

Forschungsdatenzentren: Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt ab sofort für Forschungszwecke verfügbar

Erstmals stehen der Wissenschaft für Analysen Betriebs- und Unternehmensdaten der amtlichen Statistik Deutschlands im Längsschnitt, das heißt für längerfristige Vergleiche, zur Verfügung. Damit eröffnen sich für die empirische Wirtschaftsforschung neue Möglichkeiten zur Untersuchung wirtschaftlicher Zusammenhänge und Entwicklungen, von denen auch die Wirtschaftspolitik profitieren kann.

Bei dem Datenmaterial handelt es sich zum einen um eine Längsschnittaufbereitung der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe, bei der Daten von fast 43 000 Unternehmen für die Jahre von 1995 bis 2004 sowohl für Analysen im Querschnitt als auch im Längsschnitt zur Verfügung stehen. Zum anderen wurden Informationen zu Beschäftigten, Umsätzen und Investitionen für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe aus den Jahren 1995 bis 2004 zu einem Datensatz im Längsschnitt zusammengefasst. Im Frühjahr 2007 werden darüber hinaus die Umsatzsteuerstatistiken 2000 bis 2004 mit Daten von insgesamt rund 4,3 Mill. Unternehmen für Auswertungen im Längsschnitt zur Verfügung stehen.

Wissenschaftliche Analysen können zunächst über „kontrollierte Datenfernverarbeitung“ durchgeführt werden – das bedeutet, dass ein individuelles Auswertungsprogramm an ein Forschungsdatenzentrum geschickt und dort auf formal anonymisierte Daten angewendet wird. Ab Mitte nächsten Jahres wird es zudem möglich sein, mit den Daten an einem Gastwissenschaftler-Arbeitsplatz in einem statistischen Amt zu arbeiten.

Ermöglicht wurde das neue Datenangebot durch das Projekt „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“, das gemeinsam von den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit und dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW) durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird. Durch das Projekt wird das Datenangebot für die Wissenschaft im Bereich der wirtschaftsstatistischen Einzeldaten durch Längsschnittverknüpfungen von bisher ausschließlich im Querschnitt ausgewerteten Statistiken deutlich erweitert. Angestrebt wird die Erstellung von faktisch anonymem Datenmaterial, so genannten Scienti-

fic-Use-Files, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Nutzung der Daten am eigenen Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Anträge zur Nutzung der vorliegenden Daten mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung für Vorhaben der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung können bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gestellt werden. Antragsformulare sowie weitere Informationen finden sich im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de.

Weitere Auskünfte erteilen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt, Telefon 0611/75-4349, E-Mail: forschungsdatenzentrum@destatis.de, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Telefon 0211/9449-2878, E-Mail: forschungsdatenzentrum@lds.nrw.de.

Internationaler Workshop zum Thema Datenqualität

Der Workshop wurde im Rahmen des Eurostat-Projektes „Development of a Handbook on Data Quality Assessment Methods and Tools (DatQAM)“ durchgeführt. In dem Projekt wird unter Leitung des Statistischen Bundesamtes und in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern Norwegens, Portugals, Schwedens, Ungarns sowie dem Statistischen Landesamt Berlin ein Handbuch über verschiedene Methoden zur Bewertung der Datenqualität im Europäischen Statistischen System entwickelt. Das Handbuch wird eine wichtige Rolle bei den Überlegungen zur weiteren Umsetzung des Verhaltenskodex Europäische Statistiken (Code of Practice) spielen.

Im Mittelpunkt des Workshops standen Fragen der praktischen und wirtschaftlichen Umsetzung u. a. von Qualitätsberichten, Qualitätsindikatoren, Selbstbewertungen, Audits oder Zertifizierungen. Die Projektgruppe hatte den Teilnehmern einen ersten Entwurf des Handbuchs vorab zur Verfügung gestellt. Der Workshop erbrachte zahlreichen gute Hinweise und praktische Beispiele für die Fertigstellung des Handbuchs.

Im Anschluss an den Workshop fand ebenfalls in Wiesbaden-Biebrich am 27. und 28. Februar 2007 eine Sitzung der Projektgruppe statt.

Öffentlichkeitsarbeit im Ausland

Das Statistische Bundesamt informiert die allgemeine Öffentlichkeit im Ausland, aber auch die Statistischen Ämter der EU-, OECD- und UN-Mitgliedstaaten durch eine Reihe von Maßnahmen über ihre Aktivitäten.

Hierzu zählen folgende Maßnahmen:

1. Bereitstellung der Internet-Webpage des Statistischen Bundesamtes in deutscher und englischer Sprache.
2. Erstellung einer eigenen Internet-Webpage im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in deutscher und englischer Sprache seit 1. Januar 2007 (Information über die Arbeiten der Ratsarbeitsgruppe Statistik, deren Vorsitz Präsident Walter Radermacher im ersten Halbjahr 2007 inne hat.)
3. Veröffentlichung der Kernbotschaften jeder Pressemitteilung des Hauses auch in englischer Sprache; bei wichtigen Kernindikatoren (Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreisindex etc.) erfolgt eine Übersetzung der gesamten Pressemeldung in englischer Sprache.
4. Veröffentlichung von ausgewählten Publikationen des Statistischen Bundesamtes in englischer Sprache. Im Jahr 2006 wurden folgende Veröffentlichungen in englischer Sprache herausgegeben (sowohl online als auch als Print-Veröffentlichung):
 - Football World Cup 2006 - Participating nations (Faltblatt, das auf sehr großen Zuspruch stieß)
 - Strategy and Programme Plan 2006-2010
 - Annual report 2006 (Jahresbericht 2006)
 - In the Spotlight: Women in Germany 2006 (Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006)
 - Key Data on Germany 2006 (Zahlenkompass 2006)Auch in diesem Jahr wird wieder eine Reihe von Publikationen in englischer Sprache erscheinen (u. a. der Zahlenkompass 2007 (Key Data on Germany 2007)). Am 15. Januar 2007 wurde die neue Publikation „In the spotlight: Germany in the EU“ (Im Blickpunkt: Deutschland in der EU) vorgestellt. Sie ist online und als Print-Veröffentlichung erschienen.
5. Beiträge in internationalen Fachzeitschriften. Unser Haus schreibt Beiträge zu internationalen Fachzeitschriften. So hat das Statistische Bundesamt im Jahr 2005 und 2006 für die Statistische Zeitung SIGMA, die das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften

(Eurostat) herausgibt, Aufsätze zu folgenden Themen veröffentlicht:

01/2005:

- Gewinnung statistischer Rohdaten aus der Unternehmens-Datenverarbeitung
- Statistik-Shop: Neue Vertriebsplattform des Statistischen Bundesamtes in öffentlich-privater Partnerschaft
- Haushaltspanelerhebungen und internationale Vergleichbarkeit

01/2006:

- Statistikkbüro im Deutschen Bundestag eröffnet
- Jedem Menschen seine eigene Inflationsrate
- Statistisches Bundesamt setzt auf zeitgleiche und flächendeckende Verbreitung per Satellit

6. Teilnahme an Ausstellungen:

Auch an Ausstellungen im Rahmen internationaler Veröffentlichungen nimmt das Statistische Bundesamt teil.

Erfolgreicher Abschluss des Kooperationsprojektes mit der Türkei

Nach zweimaliger Verlängerung der Implementierungsphase endete Mitte Februar 2007 das EU-finanzierte USST-Kooperationsprojekt mit der Türkei (Upgrading the Statistical System of Turkey). Ziel des Projektes war die Angleichung der Standards der türkischen Statistik an den Standard der Europäischen Union.

Über einen Zeitraum von zwei Jahren und neun Monaten fanden Beratungseinsätze für das türkische Statistikamt TURKSTAT statt. Diese umfassten u. a. die Bereiche Unternehmensregister, Unternehmensstatistik, Klassifikationen, Agrarstatistik, Verbreitung statistischer Daten und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Ergänzend zu den Beratungseinsätzen in Ankara wurden mehr als 30 Studienaufenthalte türkischer Statistiker in Deutschland organisiert. Neben dem Statistischen Bundesamt beteiligten sich daran auch die Statistischen Landesämter Berlins, Brandenburgs, Hessens sowie das Statistikamt Nord.

Zu den sichtbarsten Projektergebnissen gehört ein Nomenklaturserver im türkischen Statistikamt, eine online zugängliche Datenbank mit den wichtigsten Wirtschaftsklassifikationen der türkischen amtlichen Statistik. Ein

gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt entwickeltes Corporate-Design-Handbuch legt einheitliche Standards für alle Publikationen von TURKSTAT fest.

Wichtige Ereignisse, die in die Projektlaufzeit fielen, waren die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei am 3. Oktober 2005, durch die die Bedeutung statistischer Ergebnisse als Grundlage politischer Entscheidungen noch einmal unterstrichen wurde, und die Verabschiedung eines neues Statistikgesetzes für die Türkei, das eine Neuorganisation des State Institute of Statistics (SIS) und seine Umbenennung in Turkish Statistical Institute (TURKSTAT) festlegte.

Das USST-Projekt war für TURKSTAT und die türkische amtliche Statistik das erste Kooperationsprojekt dieser Größenordnung. Dank der hervorragenden Arbeitsbeziehungen zwischen den beteiligten türkischen und internationalen Experten und des erfolgreichen Managements konnten sehr gute Evaluationsergebnisse erreicht werden. Zwischenberichte im Auftrag der Europäischen Kommission bewerteten sowohl 2005 als auch 2006 das USST-Projekt mit der besten vergebenen Gesamtnote.

Weitere EU-finanzierte Kooperationsprojekte mit der Türkei sind geplant. Die Entscheidung über den Zuschlag für die frei ausgeschriebene zweite Phase des USST-Projektes erfolgt voraussichtlich im Laufe des Jahres 2007.

Servicebilanz 2006 des i-Punkt Berlin

Seit mehr als sieben Jahren unterhält das Statistische Bundesamt mit dem i-Punkt Berlin einen speziellen Informationsdienst in der deutschen Hauptstadt. Im Jahr 2006 bearbeitete der i-Punkt Berlin im Rahmen seiner Statistikberatung von Schlüsselkunden aus Politik und Verwaltung insgesamt 1 541 Anfragen zur deutschen und europäischen Statistik. Gegenüber 2005 (1 424 Anfragen) war dies eine Zunahme um 8 %.

Die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Servicebereiche im Überblick:

– Servicebüro im Deutschen Bundestag

Im Servicebüro im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus gingen 2006 1 146 Anfragen aus Abgeordnetenbüros, Fraktionen, den wissenschaftlichen Diensten und anderen Bundestagsgremien ein. Gegenüber 2005 (992 Anfragen) war dies ein Zuwachs um 16 %. Insbesondere die Durchführung einer Informationsrunde für die fünf neuen Fraktionen des 16. Deutschen Bundestages, an der

rund 140 Fraktions- und Abgeordneten-Mitarbeiter teilnahmen, trug zum wachsenden Anfragenvolumen 2006 bei. Der Kundenstamm aus dem Deutschen Bundestag beträgt mittlerweile 575 Kunden, wovon 320 (56 %) schon in den Vorjahren mit Auskunftersuchen an das Servicebüro herangetreten waren.

Deutlich zu nahm 2006 die Beteiligung des i-Punkt Berlin an der Erstellung von Beiträgen der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages zu wichtigen Politikthemen der Sitzungswochen. Insgesamt erstellte das Servicebüro statistische Beiträge zu 18 Dossiers, u. a. zu Themen wie Migration, Rentenalter, Lissabonstrategie und Klimawandel.

– Hauptstadt-Service und Öffentlichkeitsarbeit

Im Hauptstadt-Service wurden 2006 insgesamt 1 471 registrierte Anfragen bearbeitet, verglichen mit 1 397 Anfragen im Vorjahr eine Zunahme um 5 %. Der i-Punkt Berlin führte 2006 insgesamt 16 Präsentationen und Informationsveranstaltungen für Schlüsselkunden der amtlichen Statistik durch. Dazu zählten neben der o. g. Fraktionsrunde im Bundestag Statistikpräsentationen im Auswärtigen Amt, für ausländische Botschaften sowie für Verbände und Wissenschaft. Als Repräsentant des Statistischen Bundesamtes war der i-Punkt Berlin u. a. beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung im Bundesministerium des Innern sowie bei der Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt vertreten.

– EDS Europäischer Datenservice

Mit 8 927 kostenfrei bearbeiteten Anfragen lag der EDS im Jahr 2006 an erster Stelle unter den 22 nationalen Servicestellen des von Eurostat koordinierten ESDS-Netzwerks. Fast 40 % aller Netzwerkanfragen richteten sich an den EDS in Berlin.

Bei rund zwei Dritteln der Nutzeranfragen (68 %) stand die Verfügbarkeit von Daten im Fokus, während etwa 10 % der Anfragen methodische Aspekte betrafen. Zu den weiteren Anfragegründen zählten das Verifizieren von Daten sowie Fragen zu technischen Details. Mehr als die Hälfte (53 %) der Nutzer des EDS stammte aus der Privatwirtschaft, rund ein Viertel (27 %) kamen aus dem Bereich Bildung. Neben den kostenfreien Anfragen stellte der EDS 2006 in über 300 Fällen kostenpflichtige maßgeschneiderte Datenbankextrakte zusammen.

Einen neuen Service bildet das 2006 auf der EDS Website eingeführte „Thema des Monats“, das wichtige Daten und Fakten zu europäischen Brennpunktthemen be-

reitstellt. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 7,8 Mill. Seitenzugriffe auf die EDS Website registriert.

Zentrale Projekte im Bereich der europäischen Statistik im Jahr 2006 waren die Erstellung des Blickpunktbandes „Deutschland in der EU 2006“ in englischer und deutscher Sprache sowie die Herausgabe eines Nutzerleitfadens zur EU-Statistik.

– Infothek

2006 besuchten 600 Statistikinteressierte die Infothek des i-Punkt Berlin. Fast zwei Drittel (63 %) der Besucher kamen aus dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur. Eine wichtige Initiative der Infothek war eine zwischen November 2005 und April 2006 durchgeführte Kundenzufriedenheitsbefragung.

Weitere Auskünfte gibt es beim i-Punkt unter der Telefonnummer: 01888-644-9427 oder per E-Mail: www.edstatis.de.

Bürokratiekosten messen – Statistisches Bundesamt und DIHK vereinbaren Zusammenarbeit

Eine Kooperationsvereinbarung zur Messung von Bürokratiekosten haben das Statistische Bundesamt und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) am 19. März 2007 geschlossen. Ziel ist es, die Kosten für Bürokratie erstmals bundesweit genau unter die Lupe zu nehmen.

Dazu werden die Kammern für die Messungen mindestens 800 Unternehmen benennen, die bereit sind, den bürokratischen Aufwand beim Ausfüllen von Formularen oder bei der Abgabe von Meldungen überprüfen zu lassen.

Walter Radermacher, Präsident des Statistischen Bundesamtes, betonte: „Bei der Messung des Aufwandes von Bürokratie ziehen wir alle an einem Strang, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist uns sehr wichtig. Je mehr Unternehmen sich für eine Beteiligung melden, desto präziser werden die Kosten erfasst“.

Die IHK-Organisation sieht darin einen wichtigen Beitrag, um beim Bürokratieabbau voranzukommen. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben ist überzeugt: „Wenn wir über weitergehende Maßnahmen sprechen wollen, dann sind verlässliche Zahlen wichtig“.

Weitere Auskünfte gibt es unter Telefon: (0611) 75-3290 oder E-Mail: skm@destatis.de.

Staatssekretär Dr. Beus besuchte den Arbeitsbereich Standardkosten-Modell

Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus vom Bundeskanzleramt besuchte am 19. März 2007 das Messteam des Standardkosten-Modells in der Zweigstelle Bonn.

Als Koordinator des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ standen im Mittelpunkt seines Interesses die konkrete Umsetzung des Standardkosten-Modells (SKM) und der Einsatz der verschiedenen Erhebungsinstrumente, z.B. Telefoninterview, Expertengespräch, Expertenpanel.

Das Statistische Bundesamt hat die Messung der bürokratischen Lasten durch gesetzliche Verpflichtungen bei Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltung übernommen. Zur Zeit laufen in Wiesbaden und Bonn die Messungen von knapp 11 000 gesetzlichen Verpflichtungen bei den Unternehmen.

Der Besuch des Staatssekretärs zeigt, wie intensiv die Ziele des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ verfolgt werden. Die Messung der Bürokratiekosten ist Teil des Regierungsprogramms.

Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit

Deutsche Wirtschaft im Jahr 2006 kräftig gewachsen

Am 13. Februar 2007 hat das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vierte Quartal 2006 und die überarbeiteten Ergebnisse für das Jahr 2006 veröffentlicht (nur BIP); am 22. Februar 2007 folgten die detaillierten Ergebnisse.

Die im August 2006 veröffentlichten Ergebnisse für die Jahre 1991 bis 2005 wurden – wie immer zum jetzigen Zeitpunkt – nicht überarbeitet.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet (www.destatis.de) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Jahresergebnisse“ (Bestellnummer 2180110) tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese und weitere Veröffentlichungen sind online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop kostenfrei erhältlich.

Entwicklung ökonomischer Prognoseverfahren für die Erwerbstätigenrechnung

Als eines der wichtigsten Felder der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht der Arbeitsmarkt im Fokus der Öffentlichkeit. Dementsprechend groß ist der Bedarf an aktuellen Daten. Ein wichtiger Arbeitsmarktindikator ist die Zahl der Erwerbstätigen, die das Statistische Bundesamt seit 1983 monatlich als Ergebnis der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht. In das Ergebnis der Erwerbstätigenrechnung fließen alle zum Rechentermin für den jeweiligen Berichtsmonat vorliegenden erwerbsstatistischen Informationen ein. Dabei wird die für die Berechnungen zur Verfügung stehende Datengrundlage mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Berichtsmonat größer. Für die traditionelle Erwerbstätigenrechnung resultiert daraus ein Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen an die Aktualität und die Genauigkeit der Ergebnisse.

Zu Beginn des Jahres 2005 führte das Statistische Bundesamt eine neue monatliche Arbeitsmarktstatistik nach den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) in Deutschland ein. Im Rahmen der ILO-Arbeitsmarktstatistik werden die monatlichen Angaben der Erwerbstätigenrechnung sowie international vergleichbare Erwerbslosenzahlen und Erwerbslosenquoten nunmehr jeweils etwa 30 Tage nach Ablauf des Berichtsmonats veröffentlicht. Zuvor erfolgte die Veröffentlichung der Erwerbstätigenzahlen nach rund 70 Tagen. Somit hat sich der Time-Lag zwischen Ablauf des Berichtsmonats und der Veröffentlichung der aktuellen Ergebnisse seit Anfang 2005 mit Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik mehr als halbiert. Dieses Aktualitätsziel sollte ohne inakzeptable Genauigkeitseinbußen erreicht werden. Dazu musste die Erwerbstätigenrechnung in methodischer Hinsicht neue Wege beschreiten, wie zum Beispiel mit der Anwendung mathematisch-statistischer Prognoseverfahren. Auf der einen Seite dienen diese neben der quellenbasierten Expertenschätzung als ein weiterer in die Gesamtbewertung einfließender methodischer Ansatz zur Festlegung der aktuellen monatlichen Erwerbstätigenzahl. Auf der anderen Seite dienen sie der Unterstützung der Expertenschätzung, indem wichtige, aber mit einer zeitlichen Verzögerung behaftete Ausgangsstatistiken bis zum aktuellen Rand prognostiziert werden. In beiden Fällen werden zeitreihenanalytische Verfahren,

sogenannte ARIMA-Prognosen, genutzt, welche differenziert nach sechs zusammengefassten Wirtschaftsbereichen und für die Festlegung der aktuellen Erwerbstätigenzahl auch nach der Stellung im Beruf durchgeführt werden. Bei diesen Verfahren ist jedoch zu beachten, dass die Prognose der jeweiligen Zeitreihe ausschließlich durch deren Verlauf in der Vergangenheit bestimmt wird. Dies hat zur Folge, dass außergewöhnliche Veränderungen oder gar Trendwenden nur unzureichend abgebildet werden. Aus diesem Grund wird im Rahmen eines durch die Europäische Gemeinschaft geförderten Projektes an einer ökonomischen Modellierung mit Variablen gearbeitet, welche die Größe Erwerbstätigkeit direkt beeinflussen und/oder ihre Richtung erklären. Ziel dieser Weiterentwicklung ist es, den Revisionsbedarf der Erwerbstätigenrechnung zu reduzieren sowie die Veröffentlichung weiter zu beschleunigen.

Weitere Informationen sind unter der E-Mailadresse erwerbstaetigkeit@destatis.de erhältlich.

Preise, Außenhandel, Verdienste

Erstes Meeting des internationalen Projekts CENEX HICP in Wiesbaden

Im März 2007 fand im Statistischen Bundesamt das erste internationale Treffen zum Projekt CENEX in der Preisstatistik statt. CENEX ist eine Abkürzung für „Centers and Networks of Excellence“ und beschreibt eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung: Eine kleine Gruppe von Statistikexperten aus verschiedenen Ländern schließt sich zusammen, um praktikable Lösungswege für ein bestimmtes methodisches Problem zu erarbeiten – und stellt die Ergebnisse anschließend allen Statistikämtern der Europäischen Union als Standardlösung zur Verfügung.

In der amtlichen Preisstatistik ist Anfang Oktober 2006 der Startschuss für ein auf zwei Jahre angelegtes CENEX-Projekt gefallen, das vom Statistischen Bundesamt in Deutschland geleitet wird. Das Projekt bringt Experten der Preisstatistik aus Österreich, Belgien, Schweden, Portugal, Irland und den Niederlanden an einen Tisch. Thema ist die methodische Vorgehensweise bei der Behandlung von Änderungen der Qualität von Gütern, deren Preise gemessen werden sollen.

Weitere Auskünfte gibt es unter Telefon: (0611) 75-2659.

Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1549/2006 der Kommission vom 17. Oktober 2006 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (Amtsbl. der EU Nr. L 301 vom 31. Oktober 2006, S. 1) wurden zum 1. Januar 2007 Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) wirksam. Die Änderungen resultieren bis auf wenige Ausnahmen aus der Anpassung der Kombinierten Nomenklatur (KN) an das zum 1. Januar 2007 durch die Weltzollorganisation revidierte Harmonisierte System (HS). Sie sind besonders zahlreich und betreffen – anders als in den Jahren zwischen den Revisionen des HS (die vorherige Revision war seit 2002 gültig) – insbesondere auch die ersten sechs Stellen, das heißt die HS-Positionen und ihre Unterpositionen, sowie darüber hinaus auch die Anmerkungen zu den Abschnitten und Kapiteln.

Das Statistische Bundesamt informiert über alle Änderungen ausführlich im Internet unter www.destatis.de/allg/d/klassif/wa.htm.

Neuberechnung von Außenhandelsindizes

Die Außenhandelsergebnisse werden monatlich nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch in Form von Indizes dargestellt: Der „Index der tatsächlichen Werte“ zeigt die Entwicklung der nominalen Ergebnisse des jeweiligen Berichtszeitraums gegenüber einem festgelegten Basiszeitraum. Die Nominalentwicklung lässt sich in eine Mengen- und eine Wertkomponente aufspalten, die durch den „Index des Volumens“ und den „Index der Durchschnittswerte“ repräsentiert werden. Auf diese Weise kann festgestellt werden, inwieweit die Entwicklung des Außenhandels durch Mengenänderungen und/oder Wertänderungen beeinflusst wird.

In regelmäßigen Abständen, im Allgemeinen alle fünf Jahre, werden die Indizes auf ein neues Basisjahr umgestellt. Ab dem Berichtsjahr 2007 wird das Basisjahr 2005 anstelle des bisherigen Basisjahres 2000 zugrunde gelegt. Die turnusmäßige Umbasierung der Indizes ist vor allem deshalb erforderlich, weil sich die Waren- bzw. Sortimentsstruktur innerhalb der Warengruppen im Zeitablauf ändern kann (insbesondere bei inhomogenen Warengruppen) und dadurch die Vergleichbarkeit mit dem Basiszeitraum be-

einträchtigt wird. Auch Aktualitätsgesichtspunkte sprechen für die regelmäßige Umbasierung. Bevor die Umstellung erfolgen kann, müssen die monatlichen Ergebnisse des neuen Basisjahres detailliert auf Ausreißer geprüft und gegebenenfalls bereinigt werden.

Als kleinste Bausteine zur Berechnung der Indizes dienen die achtstelligen Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik in Kombination mit Ländergruppen (Europäische Union, Drittländer). Für Veröffentlichungszwecke werden die Indizes auf höheren Gliederungsebenen verdichtet.

Die monatlichen Indizes für die Jahre 2005 und 2006, die noch auf Basis des Jahres 2000 berechnet wurden, werden rückwirkend auf das neue Bezugsjahr umgestellt und liegen dann sowohl auf alter als auch auf neuer Basis vor. Ein besonderes Problem bei der Indexberechnung stellen die jedes Jahr anfallenden Änderungen in der Warensystematik des Außenhandels dar (siehe auch den vorstehenden Bericht). Zum Jahreswechsel 2006/2007 waren sie wegen der erforderlichen Anpassung an das im Zollwesen international verwendete „Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren“ (HS) besonders umfangreich: Mehr als 1 000 Warennummern sind neu entstanden, fast die gleiche Zahl ist weggefallen, bei mehr als 100 Nummern hat sich der Inhalt geändert. Aus diesem Grund ist auch eine über das Berichtsjahr 2005 hinausgehende Rückrechnung zunächst noch nicht vorgesehen.

Die Außenhandelsindizes können über die Datenbank GENESIS-Online (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>) abgerufen werden.

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001: Einzeldaten ab sofort als Scientific-Use-File verfügbar

In einem gemeinsamen Projekt haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstmals die Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung so anonymisiert, dass sie einerseits den strengen gesetzlichen Anforderungen des Datenschutzes gerecht werden und andererseits ausreichend Analysepotenzial für die wissenschaftliche Forschung bieten.

Das neu erstellte Datenmaterial für das Jahr 2001 umfasst Angaben für gut 22 000 Betriebe und über 846 000 Beschäftigte. Damit ist es der unabhängigen wissenschaft-

lichen Forschung nun möglich, die Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in faktisch anonymisierter Form (als sogenanntes Scientific-Use-File) am eigenen Arbeitsplatz außerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik zu nutzen. Eine zentrale Herausforderung des Projektes war, die Angaben der Beschäftigten und der Betriebe zu schützen. Dabei wurde das Potenzial für wissenschaftliche Analysen in einer Form erhalten, bei der die Angaben der Beschäftigten im Kontext ihres Betriebes untersucht werden können. Es sind Berechnungen differenziert nach fünf Regionen, 40 Wirtschaftszweigen und 60 Berufsgruppen möglich.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung wird im Allgemeinen alle vier Jahre als Stichprobe in den Betrieben des Produzierenden Gewerbes und ausgewählter Dienstleistungsbereiche durchgeführt. Die Statistik enthält Informationen zur Person der Beschäftigten (Geschlecht, Alter, Ausbildung, Steuerklasse, Kinderfreibeträge), zur Tätigkeit (Berufsschlüssel der Sozialversicherung, Stellung im Beruf, Leistungsgruppe, Arbeitszeit, Dauer der Betriebszugehörigkeit) und zum Verdienst (Brutto, Netto, Zulagen für Schicht-/Nachtarbeit, Sonderzahlungen, Lohnsteuer, Sozialabgaben). Auf Betriebsebene gibt es zusätzlich Angaben darüber, ob die öffentliche Hand beteiligt ist, ob der Betrieb in der Handwerksrolle eingetragen ist und ob Tarifverträge gelten, sowie Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, differenziert nach Geschlecht sowie nach Arbeitern und Angestellten.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist ein Linked Employer-Employee-Datensatz, das heißt die Angaben zu den Beschäftigten lassen sich mit den Merkmalen des Betriebes verknüpfen. Der Datensatz eignet sich zum Beispiel gut zur Analyse geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede sowie zur Untersuchung der Verdienstunterschiede in tarifgebundenen Betrieben im Vergleich zu solchen, die nach freier Vereinbarung vergüten.

Weitere Auskünfte erteilen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, im Statistischen Bundesamt, Telefon 06 11/75-43 49, E-Mail: forschungsdatenzentrum@destatis.de, sowie im Hessischen Statistischen Landesamt, Telefon 06 11/38 02-8 15, E-Mail: forschungsdatenzentrum@statistik-hessen.de.

Volkszählung, Staat

Workshop „Zur Einflussnahme der Wissenschaft auf das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik am Beispiel des Zensus 2010/2011“

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) veranstaltete am 12. März 2007 in Wiesbaden einen Workshop „Zur Einflussnahme der Wissenschaft auf das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik am Beispiel des Zensus 2010/2011“. Anliegen des RatSWD war es, den Dialog zwischen amtlicher Statistik und akademischer Wissenschaft über die Gestaltung des amtlichen Erhebungs- und Aufbereitungsprozesses (von Registerdaten) beispielhaft zu beginnen.

Mit dem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 29. August 2006 wurde die Grundsatzentscheidung getroffen, dass sich Deutschland an der kommenden EU-weiten Zensusrunde 2010/2011 im so genannten registergestützten Verfahren beteiligen wird. Dieses Zensusverfahren ist eine Mischung aus Registerauswertungen und ergänzenden primärstatistischen Erhebungen.

Das Erhebungsprogramm des nächsten Zensus ist durch den Gesetzgeber festzulegen. Die Kontur der Erhebung steht mit den Empfehlungen der EU und der Vereinten Nationen (ECE) fest: www.destatis.de/zensus/merkmale.htm. Inwieweit hierbei die europäischen Vorgaben im nationalen Rahmen ausgestaltet werden können, muss geprüft werden.

Das Anliegen dieses Workshops bestand darin, auf Basis detaillierter Informationen zu den rechtlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen des Zensus das Erhebungsprogramm zu diskutieren. Damit rückten Fragen in den Mittelpunkt wie zum Beispiel: Welche Merkmale sind in den genutzten Registern enthalten und wie werden sie ausgeschöpft? Welche Stichproben und welche Inhalte stehen im Zentrum der Zusatzerhebungen? Welche bislang unzulänglich berücksichtigten Strukturdaten sind aus der Perspektive der eigenen wissenschaftlichen Disziplin unbedingt erforderlich und lassen sich nicht aus alternativen Quellen erschließen?

Der Workshop sollte am Beispiel des Zensus 2010/2011 diskutieren und zeigen, ob und wie die Wissenschaft das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik beeinflussen kann. Dabei sollte eine fundierte wissenschaftliche Be-

gründung Voraussetzung für Vorschläge zum Erhebungsprogramm sein.

Im Idealfall setzt dies innerhalb der einzelnen Disziplinen einen durch die Fachgesellschaften begleiteten Verständigungsprozess über realistische und konsistente Forderungen voraus. Der Workshop richtete sich vor allem an die interessierte Fachöffentlichkeit, insbesondere an empirisch arbeitende Vertreterinnen und Vertreter der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Weitere Informationen zum Ablauf und zu den Inhalten des Workshops können Sie auf der Seite des RatSWD im Internet (www.ratswd.de/veranst/ws_zensus/ws-zensus_main.html) abrufen.

Neue Statistik: Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Statistischen Bundesamt werden ab dem 1. Januar 2006 die Daten der Statistik der Entwicklungszusammenarbeit, die bisher vom BMZ als Geschäftsstatistik durchgeführt wurde, vom Statistischen Bundesamt im Sachgebiet „Staatliche Haushalte“ aufbereitet und ausgewertet.

Die Ergebnisse dieser Statistik stellen die öffentlichen und privaten Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands dar und gehen unter anderem in die internationale Berichterstattung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein. Für die öffentlichen Leistungen sind nicht nur die absoluten Zahlen von Bedeutung, sondern auch die sogenannte ODA (Official Development Assistance)-Quote, also der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen. Im Einzelnen werden unter anderem das Entwicklungsland als Empfänger der Leistung, die Art der Leistung (z. B. Zuschuss, Darlehen, Schuldenerlass), der Förderbereich (Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Umwelt u. a.), die Studienplatzkosten der ausländischen Studierenden aus Entwicklungsländern sowie die privaten Leistungen (Direktinvestitionen, Spenden) nachgewiesen.

Der Berichtskreis umfasst u. a. die Bundesministerien, die Bundesländer, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Euler Hermes Kreditversicherung sowie mehrere Hundert private Organisationen, wie

Kirchen, Verbände und Vereine (z. B. die Bistümer, die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz).

Die Aufbereitung der Daten erfolgt in verschiedenen Formaten:

Zum einen werden die Zahlen aggregiert in Tabellen und als Projekteinzelmeldungen dem OECD-Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee – DAC) über das BMZ zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus werden die Daten für das BMZ in einer sogenannten Statistikmappe dargestellt. Sie enthält rund 30 Tabellen, die das BMZ zum Teil der breiten Öffentlichkeit im Internet (www.bmz.de) zugänglich macht oder intern bzw. zur Beantwortung von Anfragen nutzt.

Die Ergebnisse der Statistik der Entwicklungszusammenarbeit ergaben für das Berichtsjahr 2005 folgendes Bild:

Mit einem Wert von 8,1 Mrd. Euro lagen die ODA-Leistungen Deutschlands um rund 2,0 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert. Die ODA-Quote belief sich 2005 auf 0,36 %. Der größte Teil der Mittel floss 2005 mit 3,5 Mrd. Euro aus dem Etat des BMZ (das entspricht einem Anteil von 43 % an den deutschen ODA-Leistungen). Der deutsche Anteil an den entsprechenden Ausgaben der Europäischen Union belief sich auf 1,2 Mrd. Euro (Anteil an den deutschen ODA-Leistungen: 14 %). Die Bundesländer finanzierten 2005 rund 10 % der ODA-Leistungen (783 Mill. Euro), wobei die Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern dominierten (2005: 745 Mill. Euro).

Neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden auch von privater Seite (z. B. durch Kirchen, Stiftungen und Verbände) Beiträge – finanziert aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen – geleistet. Sie beliefen sich 2005 auf 1,2 Mrd. Euro. Daneben wurden im Rahmen privater Direktinvestitionen in Entwicklungsländern 10,4 Mrd. Euro ausgegeben.

Im internationalen Vergleich war Deutschland 2005 der viertgrößte Geber von ODA-Mitteln hinter den Vereinigten Staaten, Japan und dem Vereinigten Königreich.

Weitere Auskünfte gibt es per E-Mail: staatliche-haushalte@destatis.de

Neugestaltung der Energiesteuerstatistik

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes (Energiesteuergesetz – EnergieStG) vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1534) wurde die Energiesteuerrichtlinie

vom 27. Oktober 2003 (Richtlinie 2003/96/EG des Rates zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom) in nationales Recht umgesetzt. Gleichzeitig wurde das Mineralölsteuergesetz durch das Energiesteuergesetz abgelöst. Die bisherige Mineralölsteuerstatistik erhielt somit eine neue Rechtsgrundlage und musste kurzfristig ab dem 1. August 2006 an das neue Energiesteuergesetz angepasst werden. Die Energiesteuerstatistik basiert auf den Angaben, die dem Statistischen Bundesamt durch die Finanzbehörden nach § 63 Geschäftsstatistik des EnergieStG übermittelt werden.

Änderungen bei der Steueranmeldung und den statistischen Nachweisen ergaben sich aufgrund der Erweiterung des bisherigen Katalogs der Steuergegenstände (Heiz- oder Kraftstoffe aus Mineralöl, Erdgas oder Flüssiggas): Danach sind nun auch Kohle und Biokraftstoffe (pflanzliche Öle und tierische und pflanzliche Fette, die zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoff bestimmt sind) zu erfassen. Mit dem Biokraftstoffquotengesetz (BioKraftQuG) vom 18. Dezember 2006 wurde das Energiesteuergesetz bereits erstmals geändert: Neben den erwähnten zusätzlichen Steuergegenständen waren zahlreiche Regelungen zu Steuerbegünstigungen und Steuerentlastungen zu berücksichtigen, die sich auf den statistischen Nachweis auswirken. Steuerbegünstigungen lassen sich in Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen unterteilen. Es besteht die Möglichkeit, steuerpflichtige Energieerzeugnisse für bestimmte Zwecke steuerfrei zu verwenden (§§ 25 bis 29 EnergieStG). Ermäßigte Steuersätze nach § 2 Abs. 3 EnergieStG werden für bestimmte Energieerzeugnisse für das Verheizen oder den Antrieb von Gasturbinen und Verbrennungsmotoren in begünstigten Anlagen vorgesehen. Grundsätzlich greifen die Steuerbegünstigungen vor der Verwendung, die Steuerentlastungen im Regelfall danach. Eine Steuerentlastung bedeutet den Erlass, die Erstattung oder Vergütung einer bereits entstandenen Steuer in voller bzw. anteiliger Höhe. Die verschiedenen Steuerentlastungstatbestände werden in den §§ 46 bis 60 EnergieStG geregelt.

In der Energiesteuerstatistik werden die zu den einzelnen Energieerzeugnissen versteuerten Brutto-Mengen, die mengenmäßige Steuerentlastung und die sich daraus ergebenden Netto-Mengen sowie die Steuersollbeträge ermittelt.

Die Angaben werden monatlich, angelehnt an die Steueranmeldungen, nach Abschnitten untergliedert ausgewertet:

- Abschnitt I: Heizstoffe
- Abschnitt II: Energieerzeugnisse (ohne Heizstoffe)
- Abschnitt III a: Steuerentlastung für bestimmte Prozesse und Verfahren nach § 51 EnergieStG
- Abschnitt III b: Steuerentlastung für die Stromerzeugung und die gekoppelte Erzeugung von Kraft und Wärme nach § 53 EnergieStG
- Abschnitt III c: Steuerentlastung für Unternehmen nach § 54 EnergieStG
- Abschnitt III d: Steuerentlastung nach § 56 EnergieStG (ÖPNV)
- Abschnitt III e: Steuerentlastung für Gewächshäuser nach § 58 EnergieStG

Die ab Berichtsmonat August 2006 geänderte statistische Meldung nach dem neuen Energiesteuergesetz wurde in Abstimmung mit den Meldestellen, den acht Oberfinanzdirektionen, in elektronischer Form vereinbart. Damit konnte die Datenlieferung, die für die Mineralölsteuerstatistik teilweise noch in Papierform erfolgte, auf eine für beide Seiten moderne rationelle Form umgestellt werden. Die Meldung orientiert sich an den Meldevordrucken für die Steueranmeldung und wurde vom Statistischen Bundesamt in Excel-Dateien übertragen. Bei der Eingabe/Übertragung der Daten bei den Meldestellen werden erste Prüfungen vorgenommen, sodass bereits vor Ort unplausible Einträge angezeigt werden.

Das Statistische Bundesamt erstellt aus den gemeldeten Angaben zentral die statistischen Ergebnisse. Für die monatliche Statistik werden die im Berichtsmonat gemeldeten Angaben ausgewertet. Rückwirkende Steueranmeldungen oder Anträge auf Erstattungen werden in den Monatsergebnissen nicht berücksichtigt. Neben der kurzfristigen Berechnung von Monatsdaten (Bereitstellung etwa 8 Wochen nach Ende des Berichtsmonats) wird für die neue Energiesteuerstatistik eine eigene Berechnung von Jahresergebnissen erfolgen. Bisher ergab sich das Jahresergebnis aus den kumulierten Monatsstatistiken und konnte zeitgleich mit dem Dezemberbericht erstellt werden. Das EnergieStG sieht neben der Steueranmeldung bis zum 15. Tag des auf die Steuerentstehung folgenden Monats eine Option für eine jährliche Steueranmeldung für Erdgas vor. Bei jährlicher Anmeldung ist die Steuer für jedes Kalenderjahr (Veranlagungsjahr) bis zum 31. Mai des auf die Steuerentstehung folgenden Kalenderjahres anzumelden.

Dadurch kann eine Jahresstatistik erst nach Vorlage dieser Jahresdaten erstellt werden. Es ist vorgesehen, diesen späteren Termin zu nutzen, um gleichzeitig noch nachgemeldete und korrigierte Meldungen zu den einzelnen Berichtsmonaten in die Jahresstatistik einfließen zu lassen. Das Jahresergebnis 2006 kann aufgrund der Neuregelung zum 1. August 2006 nur Angaben enthalten, die sowohl in der Mineralölsteuerstatistik bis Berichtsmonat Juli 2006 als auch in der Energiesteuerstatistik ab August 2006 einheitlich gemeldet werden mussten. Neue Meldetatbestände werden zunächst nur in der Monatsstatistik und dann erstmals in der Jahresstatistik 2007 nachgewiesen.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 06 11/75-23 80, E-Mail: steuern@destatis.de.

Dienstleistungen, Auslandsberichterstattung

Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“

Am 15. März 2007 fand im Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Bonn, eine Sitzung des Fachausschusses „Dienstleistungsstatistik“ statt. Auf der Tagesordnung standen Informationen und Diskussionen über die Dienstleistungsstatistiken, Kostenstrukturstatistiken, die Erhebung zu Informations- und Kommunikationstechnologien sowie zum Stand der Weiterentwicklung der Klassifikation der Wirtschaftszweige.

Die Teilnehmer aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, der Deutschen Bundesbank, der Bundesnetzagentur, zahlreichen Bundesverbänden sowie den Statistischen Ämtern der Länder wurden über die Ziele und Ergebnisse der Studie: „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ mit Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich informiert. Diese Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2004 durchgeführt, um den Aufwand zu quantifizieren, den die Meldepflichten der amtlichen Statistik den auskunftspflichtigen Unternehmen auferlegen.

Eine Möglichkeit der weiteren Entlastung der auskunftspflichtigen von statistischen Berichtspflichten bildet das neue Online-Meldeverfahren eSTATISTIK.core. Die Fachausschussvertreter wurden über dieses neue Verfahren informiert, das die von der Statistik geforderten Daten

automatisiert aus dem betrieblichen Rechnungswesen entnimmt und an eine zentrale Dateneingangsstelle weiterleitet. Ab dem Berichtsjahr 2006 wird eSTATISTIK.core im Rahmen der jährlichen Strukturerhebung und ab 1. Vierteljahr 2008 in der vierteljährlichen Konjunkturberichterstattung zur Nutzung den Auskunftspflichtigen angeboten.

Mit den Ergebnissen des Berichtsjahres 2004 liegen in Deutschland Strukturdaten für Unternehmen und Einrichtungen aus den Abschnitten I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige für insgesamt fünf Berichtsjahre vor. Dies war eine gute Gelegenheit, im Rahmen der Fachausschusssitzung über die Entwicklung einiger Eckdaten in diesen Wirtschaftsabschnitten, wie z.B. Anzahl der Unternehmen und Einrichtungen und der darin beschäftigten Personen sowie den von ihnen realisierten Umsatz zu berichten. Zugleich wurde über die Weiterentwicklung der europäischen Unternehmensstrukturverordnung informiert. Diese sieht neben der Erfassung weiterer Variablen (Bruttobetriebsüberschuss, Aufwendungen für Leiharbeiter und Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollezeiteinheiten) im Anhang VIII die Umsatzuntergliederung nach Sitz des Kunden und nach Produkten für bestimmte unternehmensnahe Wirtschaftszweige vor. In diesem Zusammenhang wurde über die vom Statistischen Bundesamt gesammelten Erfahrungen bei der Teilnahme an der von Eurostat initiierten Pilotstudie „Unternehmensdienstleistungen 2004“ („Dienstleistungsumsätze nach Arten“) berichtet.

Dargestellt wurden die Rechtsgrundlage und Methodik, die derzeit für die Erstellung der vierteljährlichen Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich Anwendung finden. Nach einem Ausblick auf die zukünftigen europäischen Anforderungen wurde das ab dem Berichtsquartal 2. Vj. 2007 zur Erstellung der Konjunkturindikatoren zur Anwendung kommende Mixmodell vorgestellt. Hierbei werden für alle Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und weniger als 15 Mill. Euro Jahresumsatz die statistisch relevanten Informationen aus Verwaltungsdaten gewonnen. Nur bei den verbleibenden großen Unternehmen (rund 4 100) werden die erforderlichen Daten durch eine Primärerhebung ermittelt.

Die Fachausschussvertreter wurden über aktuell vorliegende Ergebnisse der zuletzt durchgeführten Kostenstrukturstatistiken bei Arzt-, Zahnarzt- und Tierarztpraxen sowie die Be- und Entlastung der Unternehmen im Rahmen der Kostenstrukturstatistik in sonstigen Dienstleistungsbereichen informiert. Ebenso wurden Ergebnisse über die im

Berichtsjahr 2006 durchgeführte Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen vorgestellt.

Abschließend wurden die Teilnehmer über die im Zusammenhang mit der Einführung der Europäischen Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev.2 verbundenen wesentlichen allgemeinen, methodischen und strukturellen Veränderungen, insbesondere im Erfassungsbereich der Dienstleistungsstatistiken, sowie den Stand der Arbeiten und die weitere Arbeits- und Zeitplanung bis zur Anwendung der NACE Rev.2 ab Berichtsjahr 2008 für Strukturerhebungen und ab 1. Vierteljahr 2009 für Konjunkturstatistiken informiert.

Insgesamt gesehen, hat die Fachausschusssitzung zu einem nützlichen Meinungs austausch zu den verschiedenen aktuellen Fragen auf dem Gebiet der Dienstleistungsstatistiken beigetragen.

Neue Länderprofile erschienen

Mit den „Länderprofilen“ stellt das Statistische Bundesamt eine Reihe von Online-Publikationen mit internationalen Daten vor. Zu ausgewählten Ländern werden auf jeweils sechs Seiten umfangreiches Datenmaterial sowie Farbdigramme zu zahlreichen Themengebieten geboten. Der Schwerpunkt liegt auf Wirtschaftsdaten, aber auch Daten zur Bevölkerung, zu Sozialem, Infrastruktur und Umwelt sind enthalten.

Informieren Sie sich aktuell über Strukturen und Entwicklungen in unseren EU-Partnerländern Frankreich, Italien und Schweden. Auch für Bulgarien und Rumänien, die zum 1. Januar 2007 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden, liegen aktuelle Länderprofile 2006 vor. Neu erschienen ist auch das Länderprofil Australien. Die kostenlosen Downloads aller verfügbaren Ausgaben erreichen Sie über die Homepage des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de).

Weitere Informationen: Info-Service Ausland unter der Telefonnummer 01888/644-8473 bzw. per E-Mail an auslandsinfo@destatis.de.

Gesundheit, Soziales, Private Haushalte

Neues Krankenhausverzeichnis veröffentlicht

Seit dem 30. März 2007 steht ein aktualisiertes „Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitations-einrichtungen in Deutschland“ (Stand 31.12.2005) im Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als Gemeinschaftsveröffentlichung zur Verfügung.

Das Verzeichnis basiert auf den Meldungen zur amtlichen Krankenhausstatistik für das Berichtsjahr 2005. Es enthält Informationen zu Name und Adresse, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail- und Internetadresse der Einrichtungen, Name und Art des Trägers sowie Anzahl der aufgestellten Betten nach Fachabteilungen (bei Krankenhäusern zusätzlich Anzahl der Tages- und Nachtambulanzplätze).

Das Dateiformat Excel ermöglicht dem Nutzer die individuelle Datenrecherche auf dem Gebiet der stationären Gesundheitsversorgung.

Als Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann das Krankenhausverzeichnis zum Preis von 49,- Euro als Download über den Online-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) beziehungsweise das Statistik-Portal (www.statistik-portal.de) oder direkt über die Statistischen Ämter der Länder bezogen werden.

Weitere Auskünfte gibt: Zweigstelle Bonn, Telefon: 01888/644-8107, E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Zentrale Statistik zum neuen Elterngeld

Am 1. Januar 2007 löste das Elterngeld das bisherige Erziehungsgeld ab. Das Gesetz zur Einführung des Elterngeldes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) sieht auch eine amtliche Statistik über diese neue familienpolitische Leistung vor. Artikel 1 Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) § 22 regelt Erhebungsinhalte und Erhebungszeitpunkte der Statistik. Die Erhebung wird als zentrale Statistik beim Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Gegenüber der „Vorläuferstatistik“ zum Erziehungsgeld, die als Geschäftsstatistik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beim Statistischen Bundesamt erstellt wurde, hat sich in der neuen Elterngeldstatistik der Erhebungsumfang geändert. Die Angaben

zum Elterngeld sind den neuen materiell-rechtlichen Regelungen zum Bundeselterngeld angepasst worden. Neben dem Beginn des Leistungsbezugs werden Fragen nach der Art der Berechtigung, der Grundlage der Berechnung des Elterngeldbetrags, der Inanspruchnahme der Verlängerungsoption und der Höhe des bewilligten Elterngeldes gestellt. Da bestimmte andere Leistungen auf das Elterngeld angerechnet werden, zum Beispiel Mutterschaftsgeld, Arbeitslosengeld I oder ausländische Ansprüche, werden auch Art und Höhe von angerechneten Leistungen statistisch erhoben. Ein familienpolitisch wichtiger Punkt ist die Frage, ob und wenn ja, wie lange ein Partner von der Möglichkeit Gebrauch macht, Elterngeld zu beziehen. Daher werden auch die Inanspruchnahme und die Zahl der in Anspruch genommenen Partnermonate in der Statistik ermittelt. Die persönlichen Angaben zur Antragstellerin oder zum Antragsteller sind aus der Erziehungsgeldstatistik übernommen worden. Nicht mehr gestellt werden in der neuen Elterngeldstatistik Fragen zur Elternzeit sowie nach der Erwerbsbeteiligung während des Elterngeldbezugs.

Um zeitnah Ergebnisse zur Inanspruchnahme der neuen familienpolitischen Leistung zu erhalten, werden die Daten vierteljährlich erhoben. Die Datenlieferung erfolgt elektronisch in Form von in sich schlüssigen Einzeldatensätzen durch die von den Ländern als auskunftspflichtig bestimmten Stellen.

Im Jahr 2007 werden Angaben zu den gestellten Anträgen erhoben, ab dem Jahr 2008 sind Angaben zu den beendeten Leistungsbezügen zur Statistik zu melden. Dieser Wechsel in der Perspektive ist notwendig, damit bereits kurz nach dem Beginn der neuen Leistung statistische Ergebnisse vorliegen. Beendete Leistungsbezüge sind in der überwiegenden Zahl erst ab dem Jahr 2008 zu erwarten. Ab 2008 werden zusätzlich Angaben zu Monat und Jahr des letzten Leistungsbezugs und zur Höhe des letzten Monatsbetrags erfragt.

Detaillierte Informationen zum Inhalt und Ablauf der neuen Statistik zum Elterngeld erteilt Telefon 01888/644-8167, www.destatis.de/ -> Kontakte -> Ansprechpartner -> Sozialleistungen/ Soziales.

Berichte zur Pflegestatistik 2005 erschienen

Diese elektronischen Publikationen des Statistischen Bundesamtes „Pflegestatistik 2005“, „Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung“, „Ländervergleich“ und „ambulante Pflegedienste“ geben einen Überblick über die Ergeb-

nisse der Pflegestatistik 2005. Durch die Statistik werden Informationen über die Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung gewonnen. Die Statistik wird seit 1999 2-jährlich durchgeführt. Die Berichte sind kostenlos im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) abrufbar.

Der 1. Bericht beinhaltet die Deutschlandergebnisse zu den Pflegebedürftigen sowie über die ambulanten Pflegedienste und die Pflegeheime einschließlich des Personals.

Im 2. Bericht werden die Länderergebnisse über die Pflegebedürftigen dargestellt.

Im 3. Bericht werden die Länderdaten über die ambulanten Pflegedienste verglichen.

Im 4. Bericht werden die Länderergebnisse zu den Pflegeheimen dargestellt.

Eine ergänzende Vorausberechnung der Zahl der Pflegebedürftigen bis 2020 finden Sie unter: www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pflege99.htm. Die Ergebnisse der Pflegestatistik 2001 dienen als eine Basis dieser Vorausberechnung. Die Vorausberechnung ist im Presseexemplar des Statistischen Bundesamtes über „Sozialhilfe in Deutschland 2003 - Entwicklung, Umfang, Strukturen“ veröffentlicht worden.

Für das Jahr 2003 wurde zudem erstmals eine gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstellt, die einen Überblick über die Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen in allen 439 Kreisen in Deutschland gibt. Diese ist – wie auch die Berichte zur Pflegestatistik 2001 und 2003 – ebenfalls unter oben angegebenem Link zu finden. Berichte zur Pflegestatistik 1999 können per Mail an pflge@destatis.de angefordert werden.

Sonderheft zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ erschienen

Wie beteiligen sich Mütter und Väter am Erwerbsleben? Wie leben erwerbstätige Mütter und Väter? Wie vereinbaren Mütter und Väter in einer Partnerschaft Familie und Beruf? Diese und viele weitere Fragen beantwortet die neu erschienene Publikation „Leben und Arbeiten in Deutschland. Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mit Ergebnissen des Mikrozensus 2005. Sie enthält unter anderem Ergebnisse zu Fragen der Balance von Familie und Beruf, die 2005 im Rahmen der Arbeitkräfteerhebung

der Europäischen Union erstmals in den Mikrozensus integriert waren.

Das Sonderheft leistet einen wichtigen Beitrag zum politisch relevanten Thema „Gender Mainstreaming“, indem nahezu alle Ergebnisse für Männer und Frauen bzw. Mütter und Väter dargestellt werden.

Die Veröffentlichung umfasst etwa 40 Seiten und enthält neben textlichen Analysen und zahlreichen Schaubildern einen ausführlichen Tabellenband mit tiefer gehendem Zahlenmaterial. Sie ist als gedruckte Ausgabe zum Preis von 7,50 Euro im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) erhältlich. Außerdem steht der komplette Inhalt als PDF-Datei zum kostenfreien Download im Statistik-Shop sowie auf der Themenseite des Mikrozensus (www.destatis.de Mikrozensus Fachveröffentlichungen, Faltblätter) zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 06 11/75-87 07, E-Mail: mikrozensus@destatis.de.

Fünfte Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“

Im Herbst 2007 veranstaltet das Statistische Bundesamt – Gruppe Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie – gemeinsam mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) zum fünften Mal eine Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum sozialen Wandel“. Die Konferenz wendet sich an Forscher, die bereits mit den Scientific-Use-Files des Mikrozensus arbeiten oder mit diesen Daten zukünftig arbeiten wollen. Ziele der Nutzerkonferenz sind, die auf Basis der Mikrozensusdaten gewonnenen neueren Forschungsergebnisse zu diskutieren wie auch den Erfahrungsaustausch der Nutzer untereinander und mit den statistischen Ämtern als Datenproduzenten zu fördern.

Gegenwärtig stehen die Daten der Mikrozensus 1973, 1976, 1982, 1989, 1991, 1993 und 1995 bis 2004 als Scientific-Use-Files zur Verfügung. Eine wesentliche Erweiterung des Analysepotenzials ergibt sich zudem durch das erstmals verfügbare Mikrozensuspanel (1996 bis 1999). Die fünfte Nutzerkonferenz wird im Zeichen dieser erheblich erweiterten Datenbasis und deren Analysepotenzial stehen.

Nähere Informationen hierzu sind im Internet unter www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/index.htm und www.destatis.de/micro/d/micro_c1a.htm abzurufen. Die Ergebnisse und Beiträge der vergangenen Nutzerkonferenzen finden sich unter www.gesis.org/Veranstaltungen/index.htm.

Der Ansprechpartner bei ZUMA ist Bernhard Schimpl-Neimanns, ZUMA, Postfach 12 21 55, D-68072 Mannheim, Telefon 06 21/12 46-2 63; Telefax 06 21/12 46-1 00, E-Mail: schimpl-neimanns@zuma-mannheim.de.

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Herr Götz Scholz vertritt als Nachfolger von Professor Dr. Walter Müller die Hochschulen im Statistischen Beirat.

Statistisches Bundesamt

Herr Peter Weigl, Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium Süd, wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes beauftragt.

Leitender Regierungsdirektorin Dr. Sabine Bechtold wurde die Leitung der Abteilung VI „Wahlen, Bevölkerung, Bildung, Staat“ übertragen. Gleichzeitig wurde sie zur nebenamtlichen Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt bestellt. Sie wurde zur Abteilungspräsidentin ernannt.

Regierungsdirektor Thomas Riede, Referatsleiter in der Gruppe III D „Erwerbstätigkeit“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe I D „Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek“ beauftragt.

Regierungsdirektor Martin Beck, Referatsleiter in der Gruppe VI B „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe V D „Verdienste und Arbeitskosten“ beauftragt.

Oberregierungsrätin Dr. Ruth Brand, Referatsleiterin in der Gruppe VII A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe VII A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ beauftragt.

Diplom-Informatiker Jürgen Kiekenbeck, Referatsleiter in der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“, wurde zum Regierungsrat z.A. ernannt.

Regierungsrätin z.A. Ilka Willand wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“ beauftragt.

Diplom-Informatiker Dirk Münstermann wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe I D „Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek“ beauftragt.

Regierungsrat z.A. Dr. Daniel Vorgrimler wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Abteilung I-„Standardkosten-Modell“ beauftragt.

Regierungsrat z.A. Matthias Sacher wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Abteilung I-„Standardkosten-Modell“ beauftragt.

Regierungsrat Jens Grütz, mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe III B „Nationaleinkommen, Staatssektor, Außenwirtschaft“ betraut, wurde zum Referatsleiter ernannt.

M.A. Thomas Körner, Referatsleiter in der Gruppe I B „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“, wurde in die Gruppe III D „Erwerbstätigkeit“ umgesetzt.

Oberregierungsrat Joseph Steinfeld, Referatsleiter in der Gruppe VII C „Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung“, wurde in die Gruppe V B „Außenhandel“ umgesetzt.

Regierungsrätin z.A. Dr. Claire Grobeger, Referatsleiterin in der Gruppe VI A „Volkszählung, Bevölkerungsentwicklung“, wurde zur Regierungsrätin ernannt.

Oberregierungsrätin Pia Brugger, Referatsleiterin in der Gruppe I A „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“, wurde in die Gruppe VI B „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“ umgesetzt.

Dipl.-Kauffrau Jutta Oertel wurde in der Gruppe VII C „Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung“ als Referatsleiterin eingestellt.

Diplom-Sozialwirtin Sabine Köhne-Finster wurde zur Referatsleiterin in der Gruppe VIII C „Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie“ bestellt.

Regierungsrätin Carola Kühnen, Referatsleiterin in der Gruppe VIII D „Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Regierungsdirektor Erwin Wartenberg, Referatsleiter in der Gruppe IV D „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“,

wurde zur Wahrnehmung von Aufgaben der Entwicklungshilfe beurlaubt.

Dipl.-Wirt. Waltraud Ries, Referatsleiterin in der Gruppe V B „Außenhandel“, ist am 17. März 2007 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten.

Baden-Württemberg

Dr. Bertold Fischer – Leiter der Referates 31 „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ – ist mit Wirkung vom 16.02.2007 zum Regierungsdirektor ernannt worden.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
---------------	------------	--------

Tagungen im Zeitraum Januar bis März 2007

16./17. Januar 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
23./24. Januar 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
6.- 8. Februar 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
6./7. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
13./14. März 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
15. März 2007	Bonn	Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“
15./16. März 2007	Duisburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
20./21. März 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
21./22. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
21./22. März 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
27./28. März 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
27./28. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
28./29. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“

Tagungen im Zeitraum April bis September 2007

19./20. April 2007	München	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
23.- 25. April 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
24./25. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
24./25. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“

25./26. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
26. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
7.- 9. Mai 2007	Treis-Karden	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
8.- 9. Mai 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
14.- 16. Mai 2007	Berlin	Amtsleitertagung
21./22. Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
22./23. Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
24. Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
30./31. Mai 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
Mai/Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensusvorbereitung“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Beschäftigtenstatistik“
13./14. Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
14./15. Juni 2007	Dortmund	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
21./22. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
25. Juni 2007	Wiesbaden	Sonder-Amtsleiterkonferenz
26. Juni 2007	Wiesbaden	Statistischer Beirat
4. Juli 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Tourismusstatistik“
11.- 13. September 2007	Bad Ems	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
12.- 13. September 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
13. September 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Arbeitsmarktstatistiken“
24.- 27. September 2007	Kiel	Statistische Woche

September 2007	Koblenz	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
September 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
September 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
Ende September/Anfang Oktober 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“

**Übersicht über im Jahre 2006
verkündete statistische Rechtsgrundlagen**

**Sach- und Personenregister
zum Jahrgang 2006
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

**Übersicht
über die im Jahre 2006 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

**GRUNDSATZFRAGEN
DER BUNDESSTATISTIK**

Entscheidung der Kommission vom 22. Juni 2006 zur Änderung der Entscheidung 2004/452/EG über die Liste von Einrichtungen, deren Mitarbeiter für wissenschaftliche Zwecke Zugang zu vertraulichen Daten erhalten können (2006/429/EG)	24.06.2006	ABI. EU Nr. L 172 S.17	
Verordnung (EG) Nr. 1104/2006 der Kommission vom 18. Juli 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken – Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke	19.07.2006	ABI. EU Nr. L 197 S. 3	08.08.2006
Beschluss des Rates vom 17. Juli 2006 zur Änderung des Beschlusses 1999/468/EG zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (2006/512/EG)	22.07.2006	ABI. EU Nr. L 200 S. 11	23.07.2006
Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c) vom 28. August 2006	31.08.2006	BGBl. I S. 2034	01.09.2006
Entscheidung der Kommission vom 17. Oktober 2006 zur Änderung der Entscheidung 2004/452/EG zur Aufstellung einer Liste von Einrichtungen, deren Mitarbeiter für wissenschaftliche Zwecke Zugang zu vertraulichen Daten erhalten können (2006/699/EG)	18.10.2006	ABI. EU Nr. L 287 S. 36	
Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie Unternehmensregister (EHUG) vom 10. November 2006 <u>Artikel 12 Abs. 1</u> Änderung Statistikregistergesetz	15.11.2006	BGBl. I S. 1553	01.01.2007
Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern vom 2. Dezember 2006 <u>Artikel 5 Nr. 2</u> Nichtanwendung von im Einigungsvertrag enthaltenen Ergänzungen zum Bundesrecht	06.12.2006	BGBl. I S. 2674	07.12.2006
Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 9:</u> Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

**VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN
ERWERBSTÄTIGKEIT**

III	Verordnung (EG) Nr. 601/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format und das Verfahren der Datenübertragung	19.04.2006	ABl. EU Nr. L 106 S. 7	09.05.2006
	Verordnung (EG) Nr. 602/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Aktualisierung der Datenanforderungen	19.04.2006	ABl. EU Nr. L 106 S. 10	09.05.2006
	Verordnung (EG) Nr. 909/2006 der Kommission vom 20. Juni 2006 zur Änderung der Anhänge I und II der Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft	21.06.2006	ABl. EU Nr. L 168 S. 14	11.07.2006
III D	Verordnung zur Änderung der Erwerbsstatistikverordnung vom 3. Juli 2006	13.07.2006	BGBl. I S. 1434	14.07.2006

UNTERNEHMENSREGISTER, INDUSTRIE, BINNENHANDEL

IV A	Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006, <u>Artikel 4</u> Änderung des Hochbaustatistikgesetzes	25.08.2006	BGBl. I S. 1970	01.01.2007
IV A	Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 11</u> : Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97	30.12.2006	ABl. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008
IV B	Verordnung (EG) Nr. 317/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2005 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der Industrieprodukte für 2005 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates	01.03.2006	ABl. EU Nr. L 60 S. 1	21.03.2006, gültig ab 01.01.2005
IV B	Erstes Gesetz zur Bereinigung des Bundesrechts im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. April 2006 <u>Artikel 8</u> Aufhebung der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe <u>Artikel 9</u> Aufhebung der Verordnung zur Verlängerung eines Berichtszeitraums nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe	24.04.2006	BGBl. I S. 894	25.04.2006

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
IV B	Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006, <u>Artikel 10</u> Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe	25.08.2006	BGBl. I S. 1970	01.01.2007
IV B	Verordnung (EG) Nr. 1502/2006 der Kommission vom 28. September 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken in Bezug auf die Ausnahmeregelungen für die Mitgliedstaaten	12.10.2006	ABl. EU Nr. L 281 S. 1	01.11.2006
IV B	Verordnung (EG) Nr. 1503/2006 der Kommission vom 28. September 2006 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken im Hinblick auf die Definition der Variablen, die Liste der Variablen und die Häufigkeit der Datenerstellung	12.10.2006	ABl. EU Nr. L 281 S. 15	01.11.2006
IV B	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 139</u> Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe <u>Artikel 166</u> Änderung des Mineralöldatengesetzes	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
IV B	Gesetz zur Einführung einer Biokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften (Biokraftstoffquotengesetz – BioKraftQuG)	21.12.2006	BGBl. I S. 3180	01.01.2007
IV B	Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 10</u> : Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 <u>Artikel 12</u> : Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 <u>Artikel 17</u> : Änderung der Verordnung (EG) Nr. 48/2004	30.12.2006	ABl. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008
IV C	Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006, <u>Artikel 11</u> Änderung der Gewerbeordnung	25.08.2006	BGBl. I S. 1970	26.08.2006
IV C	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 140</u> Änderung des Handwerkstatistikgesetzes <u>Artikel 142</u> Änderung des Energiestatistikgesetzes	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
IV D	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 141</u> Änderung des Handelsstatistikgesetzes	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
IV D	Richtlinie 2006/110/EG des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung der Richtlinie 95/57/EG und 2001/109/EG im Bereich Statistik anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens <u>Anhang Nr. 1</u> Änderung RL 95/57/EG	20.12.2006	ABl. EU Nr. L363 S. 418	01.01.2007

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

PREISE, AUSSENHANDEL, VERKEHR, VERDIENSTE

V A	Verordnung (EG) Nr. 701/2006 des Rates vom 25. April 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2494/95 im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen für den harmonisierten Verbraucherpreisindex	09.05.2006	ABl. EU Nr. L 122 S. 3	29.05.2006
V B	Verordnung (EG) Nr. 215/2006 der Kommission vom 8. Februar 2006 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2286/2003	09.02.2006	ABl. EU Nr. L 38 S. 11	10.02.2006
V B	Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Gemeinschaften	28.02.2006	ABl. EU Nr. C 50 S. 1	
V B	Verordnung (EG) Nr. 426/2006 des Rates vom 9. März 2006 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	16.03.2006	ABl. EU Nr. L 79 S. 1	17.03.2006, gültig ab 01.01.2006
V B	Einheitliche Anwendung der Kombinierten Nomenklatur (2006/C 85/04)	08.04.2006	ABl. EU Nr. C 85 S. 5	
V B	Einheitliche Anwendung der Kombinierten Nomenklatur (2006/C 98/02)	26.04.2006	ABl. EU Nr. C 98 S. 2	
V B	Einheitliche Anwendung der Kombinierten Nomenklatur (2006/C 106/02)	05.05.2006	ABl. EU Nr. C 106 S. 2	
V B	Verordnung (EG) Nr. 838/2006 des Rates vom 20. März 2006 über die Durchführung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union und zur Änderung und Ergänzung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	08.06.2006	ABl. EU Nr. L 154 S. 1	09.06.2006
V B	Verordnung (EG) Nr. 949/2006 der Kommission vom 27. Juni 2006 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	28.06.2006	ABl. EU Nr. L 174 S. 3	27.06.2006
V B	Verordnung (EG) Nr. 996/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	01.07.2006	ABl. EU Nr. L 179 S. 26	01.07.2006

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
V B	Berichtigung der Erläuterungen der Kombinierten Nomenklatur (2006/C 260/08)	28.10.2006	ABI. EU Nr. C 260 S. 18	
V B	Verordnung (EG) Nr. 1549/2006 der Kommission vom 17. Oktober 2006 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	31.10.2006	ABI. EU Nr. L 301 S. 1	01.01.2007
V B	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 156</u> Änderung des Außenhandelsstatistikgesetzes <u>Artikel 395</u> Änderung der Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
V B	Verordnung (EG) Nr. 1833/2006 der Kommission vom 13. Dezember 2006 über das Verzeichnis der Länder und Gebiete für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten	14.12.2006	ABI. EU Nr. L 354 S. 19	01.01.2007
V B	Verordnung (EG) Nr. 1875/2006 der Kommission vom 18. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften	19.12.2006	ABI. EU Nr. L 360 S. 64	26.12.2006, gültig ab 1. Juli 2009
V B	Verordnung (EG) Nr. 1894/2006 des Rates vom 18. Dezember 2006 über die Durchführung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Brasilien über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der spezifischen Verpflichtungen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Gemeinschaft zur Änderung und Ergänzung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 397 S. 1	31.12.2006
V B	Verordnung (EG) Nr. 1930/2006 des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 406 S. 9	31.12.2006, gültig ab 01.01.2007
V B	Einheitliche Anwendung der Kombinierten Nomenklatur (2006/C 332/05)	30.12.2006	ABI. EU Nr. C 332 S. 7	
V C	Verordnung (EG) Nr. 1365/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen und zur Aufhebung der Richtlinie 80/1119/EWG des Rates	25.09.2006	ABI. EU Nr. L 264 S. 1	15.10.2006
V C	Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 19. September 2006, <u>Artikel 34</u> Aufhebung des Gesetzes über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs	30.09.2006	BGBl. I S. 2146	01.10.2006

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
V C	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 90</u> Änderung des Verkehrsstatistikgesetzes <u>Artikel 295</u> Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes <u>Artikel 298</u> Änderung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
V C	Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft (einschließlich des Veterinär- und Pflanzenschutzrechts), Verkehrspolitik, Steuerwesen, Statistik, Energie, Umwelt, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Zollunion, Außenbeziehungen, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Organe anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens <u>Abschnitt 8 Nr. 5 des Anhangs</u> : Änderung der Verordnung 1172/98 <u>Abschnitt 8 Nr. 6 des Anhangs</u> : Änderung der Verordnung 437/2003	20.12.2006	ABl. EU Nr. L 363 S. 1	
V C	Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 13</u> : Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1172/98	30.12.2006	ABl. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008
V D	Verordnung (EG) Nr. 698/2006 der Kommission vom 5. Mai 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates hinsichtlich der Qualitätsbewertung der Statistik über die Struktur der Arbeitskosten und der Verdienste	06.05.2006	ABl. EU Nr. L 121 S. 30	26.05.2006
V D	Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006, <u>Artikel 5</u> Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik	25.08.2006	BGBl. I S. 1970	26.08.2006
V D	Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz – VerdStatG) vom 21. Dezember 2006	27.12.2006	BGBl. I S. 3291	01.01.2007
V D	Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 14</u> : Änderung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 <u>Artikel 16</u> : Änderung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003	30.12.2006	ABl. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

WAHLEN, BEVÖLKERUNG, STAAT, BILDUNG

VI A	Gesetz zur Errichtung und zur Regelung der Aufgaben des Bundesamtes für Justiz, Artikel 4 Abs. 4 Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung	21.12.2006	BGBI. I S. 3171	01.01.2007
VI B	Verordnung (EG) Nr. 198/2006 der Kommission vom 3. Februar 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der betrieblichen Bildung	04.02.2006	ABI. EU Nr. L 32 S. 15	24.02.2006
VI B	Erste Verordnung zur Änderung der Gleichstellungsstatistikverordnung vom 26. Juni 2006	28.06.2006	BGBI. I S. 1346	29.06.2006
VI B	Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 19:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008
VI C	Gesetz über die Statistik der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006	06.03.2006	BGBI. I S. 438	
VI C	Siebentes Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 26. April 2006	05.05.2006	BGBI. I S. 1090	01.01.2006
VI C	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 56</u> Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes <u>Artikel 296</u> Änderung des Pflichtversicherungsgesetzes	07.11.2006	BGBI. I S. 2407	08.11.2006
VI D	Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes vom 15. Juli 2006, Artikel 1 Energiesteuergesetz (EnergieStG), § 63	19.07.2006	BGBI. I S. 1534	01.08.2006
VI D	Steueränderungsgesetz 2007 vom 19. Juli 2006, <u>Artikel 5</u> Änderung des Gesetzes über Steuerstatistiken	24.07.2006	BGBI. I S. 1652	25.07.2006

DIENSTLEISTUNGEN, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT

VII A	Verordnung (EG) Nr. 204/2006 der Kommission vom 6. Februar 2006 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2000/115/EG im Hinblick auf die Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2007	07.02.2006	ABI. EU Nr. L 34 S. 3	27.02.2006
VII A	Entscheidung der Kommission vom 3. Februar 2006 zur Änderung der Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Entscheidung 2002/38/EG der Kommission über statistische Erhebungen bestimmter Baumobstanlagen (2006/128/EG)	22.02.2006	ABI. EU Nr. L 51 S. 21	

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VII A	Berichtigung der Entscheidung 2004/761/EG der Kommission vom 26. Oktober 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/24/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Rinderbestand und die Rindererzeugung	14.06.2006	ABI. EU Nr. L 160 S. 19	
VII A	Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Rinderregistrierungsgesetzes vom 19. Juli 2006	24.07.2006	BGBl. I S. 1659	25.07.2006
VII A	Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 2006	24.07.2006	BGBl. I S. 1662	
VII A	Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Schlachtier- und Fleischuntersuchung (Fleischuntersuchungsstatistik-Verordnung-FIUStatG) vom 28. September 2006	10.10.2006	BGBl. I S. 2187	01.03.2007
VII A	Entscheidung der Kommission vom 4. September 2006 zur Festlegung eines Kodes und einer Standardregelung zur Übertragung der Ergebnisse der Grunderhebung über Rebflächen in maschinenlesbare Form	25.10.2006	ABI. EU Nr. L 294 S. 59	
VII A	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 210</u> Änderung des Agrarstatistikgesetzes	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1921/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 betreffend die Übermittlung von statistischen Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 403 S. 1	10.01.2007
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1890/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Hinblick auf den Finanzrahmen für den Zeitraum 2007-2009 und den maximalen Gemeinschaftsbeitrag für Bulgarien und Rumänien	29.12.2006	ABI. EU Nr. 386 S. 12	18.01.2007
VII A	Richtlinie 2006/110/EG des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung der Richtlinie 95/57/EG und 2001/109/EG im Bereich Statistik anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens <u>Anhang Nr. 2</u> Änderung RL 2001/109/EG	20.12.2006	ABI. EU Nr. L 363 S. 418	01.01.2007
VII A	Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumänien und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht <u>Artikel 19 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt 2 Nr. 6</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999	21.06.2005	ABI. EU Nr. L 157 S. 203	01.01.2007

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VII A	<p>Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft (einschließlich des Veterinär- und Pflanzenschutzrechts), Verkehrspolitik, Steuerwesen, Statistik, Energie, Umwelt, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Zollunion, Außenbeziehungen, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Organe anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens</p> <p><u>Abschnitt 5 Nr. 5 des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung 1493/1999</p> <p><u>Abschnitt 8 Nr. 2 des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung 357/79</p> <p><u>Abschnitt 8 Nr. 3 des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung 837/90</p> <p><u>Abschnitt 8 Nr. 4 des Anhangs:</u> Änderung der Verordnung 959/93</p>	20.12.2006	ABI. EU Nr. L 363 S. 1	01.01.2007
VII B	<p>Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch – LFGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 2006, § 66</p>	27.04.2006	BGBl. I S. 945	
VII B	<p>Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik</p> <p><u>Artikel 15:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002</p>	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008
VII C	<p>Gesetz über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen (Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz – DIKonjStatG) vom 25. April 2006</p>	29.04.2006	BGBl. I S. 982	30.04.2006, Außer-Kraft-Treten am 30.06.2007
VII C	<p>Verordnung (EG) Nr. 1031/2006 der Kommission vom 4. Juli 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft</p>	07.07.2006	ABI. EU Nr. L 186 S. 11	27.07.2006
VII C	<p>Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006</p> <p><u>Artikel 138</u> Änderung des Gesetzes über Kostenstrukturstatistik</p> <p><u>Artikel 143</u> Änderung des Rohstoffstatistikgesetzes</p>	07.11.2006	BGBl. I S. 2407	08.11.2006
VII C	<p>Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik</p> <p><u>Artikel 18:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004</p>	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

GESUNDHEIT, SOZIALES, PRIVATE HAUSHALTE

VIII B	Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20. Juli 2006, <u>Artikel 1 Nr. 47</u> Änderung des § 53 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende -	25. Juli 2006	BGBI. I S. 1706	01.08.2006
VIII B	Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 <u>Artikel 253</u> Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende <u>Artikel 266</u> Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe	07.11.2006	BGBI. I S. 2407	08.11.2006
VIII B	Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 2. Dezember 2006 <u>Artikel 1</u> Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	06.12.2006	BGBI. I S. 2670	07.12.2006
VIII B	Gesetz zur Einführung des Elterngeldes vom 5. Dezember 2006, <u>Artikel 1</u> Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG), §§ 1bis4, 6, 12, 22 bis 24	11.12.2006	BGBI. I S. 2748	01.01.2007
VIII B	Sozialgesetzbuch (SGB) Aches Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006	21.12.2006	BGBI. I S. 3134	
VIII D	Verordnung (EG) Nr. 315/2006 der Kommission vom 22. Februar 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das Verzeichnis der sekundären Zielvariablen für Wohnbedingungen	23.02.2006	ABI. EU Nr. L 52 S. 16	13.03.2006
VIII D	Verordnung (EG) Nr. 676/2006 der Kommission vom 2. Mai 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1980/2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf Definitionen und aktualisierte Definitionen	03.05.2006	ABI. EU Nr. L 118 S. 3	23.05.2006
VIII D	Verordnung (EG) Nr. 1031/2006 der Kommission vom 4. Juli 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft	07.07.2006	ABI. EU Nr. L 186 S. 11	27.07.2006
VIII D	Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft (einschließlich des Veterinär- und Pflanzenschutzrechts), Verkehrspolitik, Steuerwesen, Statistik, Energie, Umwelt, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Zollunion, Außenbeziehungen, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Organe anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens <u>Abschnitt 8 Nr. 7 des Anhangs</u> : Änderung der Verordnung 1177/2003	20.12.2006	ABI. EU Nr. L 363 S. 1	01.01.2007

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

VIII D Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik <u>Artikel 18:</u> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004	30.12.2006	ABI. EU Nr. L 393 S. 1	19.01.2007, gültig ab 01.01.2008
---	------------	------------------------------	-------------------------------------

DATENSCHUTZ

Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (Informationsgebührenverordnung – IFGGebV)	06.01.2006	BGBI. I S. 6	01.01.2006
Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006, <u>Artikel 1</u> Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes	25.08.2006	BGBI. I S. 1970	26.08.2006
Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen (Informationsweiterverwendungsgesetz – IWG) vom 13. Dezember 2006	18.12.2006	BGBI. I S. 2913	10.12.2006

Sachregister Jahrgang 2006 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

<u>Nr.</u>	<u>Nr.</u>	
ALLGEMEINE BEITRÄGE		
Tagungen		
<u>Statistisches Bundesamt</u>		
Amtsleiterkonferenz	4	
Statistischer Beirat	2	
Sonder-Amtsleiterkonferenz	4	
<u>Sonstige Tagungen im Inland</u>		
Statistische Woche 2006 in Dresden	3	
<u>Sonstige Tagungen im Ausland</u>		
Deutsch/französische Konsultationen auf Amtsleitererebene	1	
<u>Internationale Organisationen</u>		
Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen	1	
EWR-Konferenz	1, 2, 4	
Ausschuss für das Statistische		
Programm (ASP)	1, 2, 4	
DGINS-Konferenz	3	
Konferenz Europäischer Statistiker (UN-CES)	3	
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	2	
Sitzung des OECD-Statistikausschusses	2	
CEIES-Seminar „Messen wir die Produktivität richtig?“	4	
CEIES-Vollversammlung	4	
<u>Veröffentlichungen und elektronische Informationsangebote</u>		
Statistisches Jahrbuch 2006	3	
Datenreport 2006	3	
Zahlenkompass 2006	3	
Qualitätsberichte	1	
CD-ROMs „Statistik lokal und regional 2005“	1	
Die Bundesländer: Strukturen und Entwicklungen		1
Fakten und Trends – Deutschland aktuell 2006 ...	1	
Blickpunktband „Frauen in Deutschland“	1	
Faltblatt über die Teilnehmerländer der Fußball-WM 2006		1
Länderprofile über Südafrika, Mexiko, Brasilien Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Russische Föderation, Iran, Indien, USA		1, 4
Rahmenvereinbarung über eine ämterüber- greifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik		2
Strategie- und Pogramplan des Statistischen Bundesamtes 2006 bis 2010		2
EDS Webseite: Neue Rubrik „Thema des Monats“		2
Jahresbericht 2005 des Statistischen Bundesamtes		2
CONSO+Web: Englisches Kontaktformular		3
Strategy and Programme Plan 2006-2010		3
Neu: RSS-Newsfeeds auf www.destatis.de		4
Neue DVD „Statistik lokal 2006“		4
Glossar Statistischer Fachbegriffe		4
<u>Besuche beim Statistischen Bundesamt</u>		
Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble		
MdB	1	
MdB Dr. Michael Fuchs	2	
Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus, BMI	3	
Dr. Rainer Wend, MdB	3	
Herr Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft		3
Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften		3
Sonstiges		
Jahreswechsel 2006/2007	4	
Zukunft der Statistikausbildung	1	
Präsident Johann Hahlen zum Staatssekretär im BMI ernannt		3
Prof. Dr. Heinz Grohmann erhält Bundesverdienst- kreuz		3
Mitarbeiterpreis 2006 vergeben		2
Walter Radermacher ist neuer Präsident des Statistischen Bundesamtes		4
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft		4
Kundenmanagement des Statistischen Bundes- amtes im BMI vorgestellt		4
Selbst- und Fremdbewertung nach dem EFQM- Modell für Excellence		4
Beilage		
Sachregister für den Jahrgang 2006 der Informationen aus der amtlichen Statistik		1
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes		1, 2, 3, 4

**GRUNDSATZFRAGEN DER BUNDES-
UND INTERNATIONALEN STATISTIK,
INFORMATIONSVBREITUNG**

Rechtsgrundlagen

Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatikgesetz – InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685) 1

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Gerhard-Fürst-Preis 2006 1, 4
Wissenschaftliches Kolloquium: „Ausbildung für die Praxis? Statistikstudium in den Wirtschaftswissenschaften“ 4

Sonstige Tagungen im Inland

Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten 2006..... 2

Sonstige Tagungen im Ausland

Konferenz Q2006 2

Sonstiges

Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2005 1
Newsletter „Statistik ohne Grenzen“ 1
Einführung des Standardkosten-Modells 2
Messung von Bürokratiekosten auf der Grundlage des Standardkosten-Modells 2
Wohlfahrtsmessung: Workshop „Well being“ 2
Bürokratiekostenmessung: Methodenhandbuch des Bundes liegt vor 3
Veröffentlichung des DIW Berlin zur Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken..... 3
Neue Ausgabe des Newsletters „Statistik ohne Grenzen“ 3
Fraktionsrunde 2006 des i-Punkt Berlin im 16. Deutschen Bundestag..... 3
i-Punkt Berlin zum fünften Mal beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung 3
„Neue Daten zu Armut und Lebensbedingungen- Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005“ 4
Besuch einer russischen Delegation beim Statistischen Bundesamt 4

**INFORMATIONSTECHNIK,
MATHEMATISCH-STATISTISCHE METHODEN**

Sonstiges

BV4.1: Software zur Analyse
ökonomischer Zeitreihen 1
eSTATISTIK.core entlastet Unternehmen 2

**GESAMTRECHNUNGEN,
ERWERBSTÄTIGKEIT**

Tagungen

Statistisches Bundesamt

AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder..... 2
Tagung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder..... 4

Tagungen im Inland

Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 4

Sonstiges

Arbeitsmarkt in Deutschland: Faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile 1
Arbeitsmarktdaten für wissenschaftliche Analysen 2
Eurostat-Delegation zum Informationsbesuch im EDS 4
Energieverbrauch der privaten Haushalte trotz Effizienzverbesserungen gestiegen..... 4

**UNTERNEHMENSREGISTER
INDUSTRIE, BINNENHANDEL**

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970)..... 3

Tagungen

Sonstige Tagungen im Inland

Fachausschuss Klassifikationen 2
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ 4
Fachausschuss „Handelsstatistik“ 4

**PREISE, AUSSENHANDEL,
VERKEHR, VERDIENSTE****Rechtsgrundlagen**

Verdienststatistikgesetz 3

Internationale OrganisationenInternationale Konferenz zur Dienstleistungs-
statistik in Wiesbaden – 21. Treffen der
Voorburg-Gruppe 4**Sonstiges**Auswirkungen einer etwaigen Mehrwertsteuer-
erhöhung auf den Verbraucherpreisindex..... 2
Im Blickpunkt: „Preise in Deutschland 2006“ 2
Onlinemeldungen für den Intrahandel mit neuer
IDEV-Software 2
Pressegespräch „Konjunkturmotor Export“ 2
Neuer Preismonitor für Verbraucher im Internet 3
Neuer Erzeugerpreisindex „Güterkraftverkehr,
Frachturnschlag, Lagerei“ 3
Im Blickpunkt: Verkehr in Deutschland 2006 3
Arbeitskosten 2004..... 3**WAHLEN, BEVÖLKERUNG,
STAAT, BILDUNG**Sonstige Tagungen im InlandFachtagung „Amtliche Hochschulstatistik und
Hochschulrankings“ und Fachausschuss
„Hochschulstatistik“ 4**Sonstiges**Daten zur beruflichen Weiterbildung für
die Wissenschaft 1
Regionale Wissenschafts- und Technologie-
indikatoren 1
Scientific-Use-File der Erbschaft- und
Schenkungssteuerstatistik 2002 1
Neue Modellrechnung zur Lebenserwartung 2
Bericht „Bildung in Deutschland“ 2
Hochschulen auf einen Blick 2
Intensive Vorbereitung des registergestützten
Zensus beginnt 3
Neue Bevölkerungsvorausberechnung in
Vorbereitung..... 3
Neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale
Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ .. 3
Kulturfinanzbericht 2006 erschienen 3
11. koordinierte Bevölkerungsvoraus-
berechnung 4Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht der
Bundesregierung vorgestellt 4**DIENSTLEISTUNGEN,
LANDWIRTSCHAFT, UMWELT****Tagungen**Statistisches BundesamtFachausschuss Landwirtschaftsstatistiken 2
Fachausschuss Umweltstatistiken 2**Sonstiges**Im Blickpunkt: „Landwirtschaft in Deutschland
und der EU“ 2
Neue Länderprofile erschienen
Südafrika, Mexiko, Brasilien, Polen,
Tschechische Republik, Ungarn 1, 4**GESUNDHEIT, SOZIALES,
PRIVATE HAUSHALTE****Sonstiges**Gesundheitsinformationen jetzt barrierefrei im
Internet 1
Scientific-Use-File des Mikrozensus 2004 1
Scientific-Use-Files der Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe 2003 1
Neues Krankenhausverzeichnis 2
Ergebnisse des Mikrozensus 2005 2
Einladung zum Mikrozensus-Nutzer-Workshop..... 2
Neue gesetzliche Grundlage für die IKT-Erhebung
bei privaten Haushalten 2
Einführung des Elterngeldes 3
10,6% des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit
ausgegeben 3
Gesundheit in Deutschland..... 3
Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
Kreisvergleich..... 3
Erste EVS-Nutzerkonferenz..... 3
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
1962/63 als Public-Use-File 3
Workshop „Datengrundlagen für die
Gesundheitsforschung in Deutschland“ 4

Abkürzungen

ABL.	= Amtsblatt
ASP	= Ausschuss für das Statistische Programm der EU
AWV	= Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung
BEC	= Broad Economic Categories
BGBL.	= Bundesgesetzblatt
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BStatG	= Bundesstatistikgesetz
CBS	= Statistics Netherlands
CEIES	= Europäischer Beratender Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich
CENEX	= Centres and Networks of Excellence
CES	= Konferenz Europäischer Statistiker
CHE	= Centrum für Hochschulentwicklung
CPA	= Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Gemeinschaft
CPC	= Zentrale Güterklassifikation
CSV	= Comma Separated Values
CVTS	= Europäische Erhebung über die betriebliche Weiterbildung
DFG	= Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGD	= Deutsche Gesellschaft für Demographie
DGINS	= Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter
DIPF	= Deutsches Institut für internationale Pädagogische Forschung
DIW	= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
DStatG	= Deutsche Statistische Gesellschaft
ECE	= Wirtschaftsmission der Vereinten Nationen für Europa
ECOFIN	= Rat der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister
ECOSOC	= Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDS	= Europäischer Datenservice
EFQM	= European Foundation for Quality Management-Modell
EFTA	= Europäische Freihandelszone
EG	= Europäische Gemeinschaften
EPROS	= Europäischer Plan für Forschung in der amtlichen Statistik
ESeC	= Europäische sozioökonomische Klassifikation
ESS	= Europäisches Statistisches System
ESTP	= European Statistical Training Programme
ESVG	= Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	= Europäische Union
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EU-SILC	= Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen
EVS	= Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
FAO	= Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FATS	= Foreign Affiliates Trade Statistics
FoC	= Friends of the Chair
GBE	= Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes
GP	= Güterverzeichnisse für Produktionsstatistiken
HS	= Harmonisiertes System
IDEV	= Internetdatenerhebung im Verbund
IFQ	= Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung
IfW	= Institut für Weltwirtschaft
IKT	= Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	= International Labour Organization
INSEE	= Französisches Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien
IPCC	= Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCO	= International Standard Classification of Occupations
ISIC	= Internationale Systematik der Wirtschaftszweige
IWH	= Institut für Wirtschaftsforschung in Halle
JRC	= Joint Research Center
KldB	= Klassifizierung der Berufe
KMK	= Kultusministerkonferenz
KN	= Kombinierte Nomenklatur
MIG	= Main Industrial Groupings
NACE	= Statistische Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaft

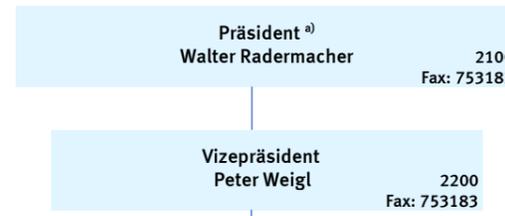
NSÄ	= Nationale Statistische Ämter
NST	= Nomenclature de marchandises pour les Statistiques de Transport
NUTS	= Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ONS	= Office for National Statistics
PRODCOM	= Products of the European Community
PSB	= Periodischer Sicherheitsbericht
Q2006	= European Conference on Quality in Survey Statistics
RatSWD	= Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten
ROSSTAT	= Statistikamt der Russischen Föderation
RSS	= Really Simple Syndication
SAS	= Statistical Analysis System
SEEA	= Systems of Environmental Economic Accounting
SFG	= Servicecenter Fachverlage
SGB	= Sozialgesetzbuch
SITC	= Standard International Trade Classification
SKM	= Standardkosten-Modell
SNA	= System of National Accounts
SOEP	= Sozio-ökonomisches Panel
SQS	= Software Quality Systems
UGR	= Umweltökonomische Gesamtrechnungen
UNCEEA	= Committee on Environmental Economic Accounting
UN	= Vereinte Nationen
VDSt	= Verband Deutscher Städtestatistiker
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VGRdL	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
VN	= Vereinte Nationen
WHO	= World Health Organization
WZ	= Wirtschaftszweige
WZB	= Wissenschaftszentrum Berlin
ZUMA	= Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim

**Personenregister zum Jahrgang 2006
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

	<u>Nr.</u>	
Statistischer Beirat		Öchsner, Ute..... 3
Busch, Klaus	3	Petrauschke, Bernd
Dach, Günter	4 3
Farcke, Bernt	1	Pöschl, Hannelore..... 2, 3
Fogt, Helmut.....	3	Radermacher, Walter
Heilemann, Ulrich	1 4
Kerber, Markus	1	Rosenow, Christiane
Kranz, Dorothea	2 4
Küchel, Andreas	3	Sarreither, Dieter
Lingenthal, Rainer	1 4
Löcker, Petra	3	Schaff, Angela
Müller, Walter.....	3 3, 4
Obele, Evelyn	3	Schelhase, Torsten
Oelgart, Niels	3 1,4
Pückler Graf, Botho	1	Schmidt, Bernd
Richter, Ernst-Joachim	3 1,4
Ritter, Gert.....	3	Schrey, Ernst.....
Rohde, Reinhard.....	4 2
Ruß, Ingo	3	Schulirsch, Marc
Säverin, Robert.....	3 2
Schmidt, Matthias	3	Schüler, Klaus.....
Schoder, Matthias	3 2
Stein, Klaus-Jochen	2	Schüller, Frank.....
Stubig, Hans-Jürgen.....	3 2, 3, 4
Wendisch, Jörg	1	Veldhues, Bernhard
Westerhoff, Horst-Dieter.....	3 1,4
Wilde, Joachim	1	Vorndran, Ingeborg.....
	 4
		Wallacher, Ludwig
	 2
		Walther, Matthias
	 2,4
		Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
		Diehl, Claudia
	 1
		Statistische Ämter der Länder
		Baden-Württemberg
		Fischer, Bertold.....
	 4
		Heilmann, Karl-Albert.....
	 4
		Kotter, Jürgen.....
	 4
		Laun, Helmut
	 4
		Seidel, Christiane
	 1
		Steiger, Hans-Hermann
	 2
		Seitz, Reiner
	 4
		Eurostat
		Carré, Hervé
	 2
		Hanreich, Günter.....
	 2
		Bekx, Peter
	 2
Statistisches Bundesamt		
Asef, Dominik.....	4	
Bechtold, Sabine	1, 2	
Beuerlein, Irmtraut	3	
Bleses, Peter	2	
Blumöhr, Torsten	1	
Buchholz, Birgit.....	2	
Chlumsky, Jürgen	3	
Decker, Jörg	1, 3	
Friedrich, Katharina	3	
Gruber, Stefan.....	2	
Götzke, Tanja	2	
Gühnen, Anja	2, 4	
Günther, Roland	3	
Hagenkort-Rieger, Susanne	1	
Hanefeld, Ute	1,4	
Hein, Birgit	1	
Kiekenbeck, Jürgen	1	
Kopsch, Günter	3	
Kott, Kristina	1	
Koufen, Sebastian	3	
Köhne-Finster, Sabine	4	
Kühnen, Carola	1	
Nasse, Sarah.....	4	
Neutze, Michael	4	
Nischalke, Simone	4	

Organisationsplan

Stand: 13. April 2007, Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan



Bundeshilfsleiter: Präsident Walter Radermacher Vertreterin: Abteilungspräsidentin Dr. Sabine Bechtold	2100 2160
Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Geschäftsführer: LRD Wolfgang Glöckler Vertreterin: ORRn Birgit Hein	2753 4288 Fax: 752538

<p>ABTEILUNG Z</p> <p>Verwaltung</p> <p>Direktor beim Statistischen Bundesamt Dr. Werner Nowak 2190 Fax: 753970</p> <p>Gruppe Z A Organisation, Qualitätsmanagement, Controlling Leiter: LRD Hans-Joachim Stede 2914 Referatsleiter: Jürgen Bamberger 2314 ORR Hans-Peter Lüüs 2669</p> <p>Gruppe Z B Haushalt, Kosten- und Leistungsrechnung, Innerer Dienst Leiter: Ralf Bender 2641 Referatsleiter: RD Heinz-Christoph Herbertz 2345 ORR Horst-Burkhard Heinemann 2202</p> <p>Projektgruppe Gesamtsanierung RR z.A. Christian Gehle (Leiter) 3414</p> <p>Gruppe Z C Personal, Aus- und Fortbildung Leiter: LRD Ernst Jungkenn 2107 Referatsleiter(in): ORR Andreas Kühner 2533 ORRn Anja Gühnen 2979 RRn Birgit Buchholz 2913</p> <p>Gruppe Z D Rechtsangelegenheiten Leiterin: RD Marion Engelter 2908 Referatsleiter: ORR Peter Pfennig-Dany 2083 ORR Uwe Haltpaap 3265</p> <p>Innenrevision LRD Joachim Hoffmann (Leiter) 4317</p>	<p>ABTEILUNG I</p> <p>Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik, Informationsverbreitung</p> <p>Leitender Regierungsdirektor Jürgen Chlumsky 2110 Fax: 753950</p> <p>Gruppe I A Grundsatzfragen, Nationale und internationale Koordination Leiterin: LRDn Angela Schaff 2089 Referatsleiterin: RDn Dr. Susanne Schnorr-Bäcker 2082 ORRn Sabine Köhler 2693 Sigrid Kiese 2770</p> <p>Gruppe I B Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik Leiter: RD Dr. Manfred Ehling 2903 Referatsleiter: RD Dieter Schäfer 4626 ORRn Dr. Ute Hanefeld 2096</p> <p>Forschungsdatenzentrum ORR Dr. Markus Zwick (Leiter) 4220</p> <p>Gruppe I C Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design Leiterin: RDn Doris Stärk 2256 Referatsleiter(in): BibliOR Hartmut Rahm 2426 ORR Dr. Rudolf Walter 2789 ORRn Sabine Allafi 2382 ORRn Susanne Hagenkott-Rieger 2624 RR z.A. Jürgen Kiekenbeck 4440 RRn z.A. Ilka Willand</p> <p>Gruppe I D Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek Leiter: RD Thomas Riede 2325 Referatsleiter(in): ORR Wolfgang Riege-Wcislo 2376 ORRn Annette Pfeiffer 4486 Dipl.-Inf. Dirk Münstermann 3157</p> <p>Gruppe I E Kooperation mit anderen Staaten, Übersetzungsdienst Leiterin: Dipl.-Soz. Waltraud Moore 8941 Referatsleiter: ORR Bernd Störtzbach 2351 ORR Wolfgang Schulze 8912</p> <p>i-Punkt Berlin/ EDS Europäischer Datenservice Leiterin: RDn Claudia Brunner 9438 Referatsleiter: ORR Thomas Krebs 9417</p> <p>Schriftleitung von „Wirtschaft und Statistik“ RDn Brigitte Reimann 2086 ORRn Ute Öchsner 2370</p> <p>Standardkosten-Modell ORR Bernd Schmidt (Leiter) 2632 Referatsleiterin: ORRn Christiane Rosenow 8480 RR z.A. Daniel Vorgrimler 3486 RR z.A. Matthias Sacher 3384</p>	<p>ABTEILUNG II</p> <p>Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden</p> <p>IT-Direktor Direktor beim Statistischen Bundesamt Dieter Sarreither 2120 Fax: 753951</p> <p>Gruppe II A Mathematisch-statistische Methoden Leiter: LRD Jürgen Schmidt 2740 Referatsleiter: Dipl.-Math. Otto Werner Leibenguth 2364 RD Wolf Bihler 2887 ORR Horst Söll 2715 ORR Hans-Theo Speth 2226 Experte: ORR Gerhard Orth 2245</p> <p>Gruppe II B IT-Infrastruktur, -Produktion Leiter: Werner Landvogt 2872 Referatsleiter: RD Georg Heer 3166 ORR Werner Braun 2683 ROAR Walter Brückmann 2350</p> <p>Gruppe II C IT-Entwicklung Leiter: RD Fritz Pfrommer 2707 Referatsleiter: RD Frank Hertly 2229 RD Rudi Petter 2037 Alfred Steilen 2490</p> <p>Gruppe II D IT-Nutzerservice, Statistische und Geo-Informationssysteme Leiter: LRD Ernst Schrey 2324 Referatsleiter: RD Dr. Heinz Stralla 2224 ORR Thomas Lindenstruth 3380 ORR Marc Schulrich 2591</p> <p>IT-Planung und -Koordination RDn Beate Glitz (Leiterin) 2050</p>	<p>ABTEILUNG III</p> <p>Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit</p> <p>Abteilungspräsident Wolfgang Strohm 2130 Fax: 753952</p> <p>Gruppe III A Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts Leiter: RD Dr. Norbert Räh 2521 Referatsleiter(in): RD Stefan Hauf 2997 ORRn Ligia Frankford 2042 ORRn Rita Bolleyer 2295 Dipl.-Wirt. Michael Burghardt 2606 RRn Tanja Götzke 2907</p> <p>Gruppe III B Nationaleinkommen, Staatssektor, Außenwirtschaft Leiter: RD Albert Braakmann 2529 Referatsleiter(in): RD Dietrich Stache 2795 RD Wolfgang Eichmann 2357 ORR Norbert Schwarz 2218 ORRn Veronika Spies 2373 ORR Thomas Luh 4367 RR z.A. Jens Grütz 2579 Experte: Dipl.-Volksw. Dr. Joachim Schmidt 2413</p> <p>Aufbau eines sozioökonomischen Berichtssystems ORR Norbert Schwarz (Leiter) 2218</p> <p>Gruppe III C Input-Output-Rechnung, Vermögensrechnung Leiter: RD Peter Bleses 2607 Referatsleiter(in): RDn Liane Ritter 2270 ORR Ulrich Greiner 2582 Dipl.-Wirt. Angela Heinze 3768 ORRn Dr. Oda Schmalwasser 2680</p> <p>Gruppe III D Erwerbstätigkeit Leiter: LRD Rudolf Janke 3158 Referatsleiter(in): RD Stefan Lügen 2016 M.A. Thomas Körner 4413 Dipl.-Soz. Dominik Asef 3485</p> <p>Gruppe III E Umweltökonomische Gesamtrechnungen Leiter: RD Dr. Karl Schoer 2223 Referatsleiter(in): RDn Ursula Lauber 2737 ORR Helmut Mayer 2784 ORR Michael Deggau 2730 ORR Dr. Joachim Thomas 2690</p>	<p>ABTEILUNG IV</p> <p>Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel</p> <p>Abteilungspräsident Dr. Roland Gnoss 2140 Fax: 753953</p> <p>Gruppe IV A Unternehmensregister, Koordinierung der Unternehmensstatistiken, Klassifikationen Leiter: RD Peter Schmidt 2468 Referatsleiter(in): RD Dr. Gerhard Stock 3454 ORR Aloisius Macht 2352 ORR Joachim Weisbrod 2234 ORR Matthias Greulich 2280 ORR Roland Sturm 2580 Dipl.-Ing. Doris Hoepfner 2454</p> <p>Gruppe IV B Konjunktur der Industrie, Produktion Leiter: LRD Wolfgang Reimann 2785 Referatsleiter(in): RDn Dr. Helga Limbert 2184 RD Dr. Norbert Herbel 2192 RD Wilhelm Bühner 2362 RD Dr. Oscar Schmid 2916 Dr. Vladislav Bajaja 2504 ORRn Dr. Christiane Bald-Herbel 2192</p> <p>Gruppe IV C Struktur der Industrie, Handwerk, Energie, Gewerbe Leiterin: RDn Birgit Frank-Bosch 2816 Referatsleiter(in): RD Peter Kraßnig 2303 RD Jürgen Angele 2978 RD Wolfgang Bayer 2970 ORR Dr. Hartmut Höh 2804 ORRn Jenny Neuhäuser 2642 Ottmar Hennchen 2308</p> <p>Gruppe IV D Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus Leiter: RD Bernhard Veldhues 2183 Referatsleiter: RD Erwin Wartenberg 2135 ORR Elmar Wein 3128</p>	<p>ABTEILUNG V</p> <p>Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste</p> <p>Abteilungspräsidentin Sibylle von Oppeln-Bronikowski 2150 Fax: 753966</p> <p>Gruppe V A Preise Leiterin: RDn Imtraud Beuerlein 2810 Referatsleiter: RD Peter Römer 2332 RD Günther Elbel 2627 Dipl.-Volksw. Gerd Ströhl 2623 ORR Hubert Vorholt 2441 Klaus Pöttsch 2444 ORR Dr. Stefan Linz 2659</p> <p>Gruppe V B Außenhandel Leiter: LRD Dr. Klaus Geyer-Schäfer 2232 Referatsleiter(in): RD Albrecht Krockow 2060 ORRn Dorothee Blang 2319</p> <p>Gruppe V C Verkehr Leiter: RD Dieter Bierau 2175 Referatsleiter(in): ORR Horst Winter 2230 ORR Uwe Reim 2210 ORRn Ingeborg Vorrdran 4547</p> <p>Gruppe V D Verdienste und Arbeitskosten Leiter: RD Martin Beck 4140 Referatsleiter: ORR Michael Kuhn 2696 ORR Roland Günther 3858 ORR Jörg Decker 2442</p>	<p>ABTEILUNG VI</p> <p>Wahlen, Bevölkerung, Bildung, Staat</p> <p>Abteilungspräsidentin Dr. Sabine Bechtold 2160 Fax: 753977</p> <p>Wahlen Referatsleiterin: RDn Karina Schorn 2317</p> <p>Gruppe VI A Volkszählung, Bevölkerungsentwicklung Leiter: LRD Johann Szenzenstein 2237 Referatsleiter(in): RD Hans-Gerd Siedt, 2845 RD Dr. Gunter Brückner 4365 RDn Bettina Sommer 2708 ORR Steffen Seibel 3767 ORRn Elle Krack-Robert 2046 RRn z.A. Dr. Claire Grobecker 3178 Dipl.-Geogr. Michael Neutze 2410</p> <p>Gruppe VI B Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege Leiter: RD Heinz-Werner Hetmeier 4136 Referatsleiter(in): ORRn Christiane Krüger-Hemmer 4152 ORRn Marianne Renz 4141 ORR Stefan Brings 2446 ORRn Pia Brugger 4168 ORR Rainer Wilhelm 4145 RR Frank Schüller 4131</p> <p>Gruppe VI C Öffentliche Haushalte und Unternehmen Leiter: RD Hans Rehm 4174 Referatsleiter(in): RD Otto Dietz 4182 RDn Sigrnd Nicodemus 2145 ORR Wolfgang Müller 4160 ORRn Renate Schulze-Steikow 4166 ORRn Christine Rückner 2892 ORR Sebastian Koufen 3779</p> <p>Gruppe VI D Steuern Leiter: LRD Volker Kordsmeyer 4120 Referatsleiter(in): RD Christopher Grab 4124 ORR Stefan Dittrich 4132 ORRn Natalie Zifonun 4118</p>	<p>ABTEILUNG VII b)</p> <p>Dienstleistungen, Landwirtschaft, Umwelt</p> <p>Abteilungspräsidentin Hannelore Pöschl 8100 Fax: 01888-6438946</p> <p>Verwaltung einschl. Aus- und Fortbildung d) Referatsleiter: Udo Weber 8002</p> <p>Informationstechnik d)</p> <p>Gruppe VII A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Leiterin: ORRn Dr. Ruth Brand 8666 Referatsleiter(in): ORRn Ute Waisemann 8606 ORR Dr. Torsten Blumöhr 8645 RR z.A. Dr. Matthias Walther 8654</p> <p>Gruppe VII B Umwelt Leiter: RD Dr. Bernd Becker 8200 Referatsleiter: Hermann Knichel 8219 ORR Dr. Thomas Grundmann 8194 RRn z.A. Sarah-Alexandra Nasse 8226</p> <p>Gruppe VII C Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung Leiter: LRD Ludwig Wallacher 8560 Referatsleiter(in): ORR Roman Hartmann 8505 Dipl.-Kffr. Dr. Jutta Oertel 8580 RRn z.A. Simone Nischalke 8548</p> <p>Teile der Gruppe V B Außenhandel in der Zweigstelle Bonn Referatsleiter: ORR Joseph Steinfeldler 8474</p>	<p>ABTEILUNG VIII b)</p> <p>Gesundheit, Soziales, Private Haushalte</p> <p>Abteilungspräsident Karl Müller 8700 Fax: 01888-6438971</p> <p>Gruppe VIII A Gesundheit Leiterin: RDn Karin Böhm 8115 Referatsleiter(in): ORR Michael Cordes 8116 Dipl.-Math. Evelyn Laue 8158 ORR Dr. Winfried Eberhardt 8119 RR z.A. Torsten Schelhase 8109</p> <p>Gruppe VIII B Soziales Leiter: RD Hermann Seewald 8150 Referatsleiter: ORR Franz-Josef Kolvenbach 8152 ORR Thomas Haustein 8134 ORR Heiko Pfaff</p> <p>Gruppe VIII C Mikrozensus, Arbeitskräfteerhebung, Haushalte und Familie Leiter: Dipl.-Geogr. Stefan Gruber 8712 Referatsleiter(in): ORR Dr. Klaus-Jürgen Duschek 8720 ORR Holger Breiholz 8706 Dipl.-Sozw. Sabine Köhne-Finster 8711</p> <p>Gruppe VIII D Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets Leiterin: RDn Anette Stuckemeier 8800 Referatsleiterin: ORRn Brigitte Demant 8850 ORRn Kristina Kott 8240 ORRn Carola Kühnen 8849</p>
--	--	--	--	--	--	--	--	---

Personalvertretungen	Gleichstellungsbeauftragte
Gesamtpersonalrat Vorsitzender: Egar Blum 2565	ROARn Ulrike Dausmann 2283
Örtlicher Personalrat Wiesbaden Vorsitzende: Irgard Liez 2721	Zweigstelle Bonn ROARn Anne Falter-Leitzen 8166 (Vertrauensfrau)
Örtlicher Personalrat Zweigstelle Bonn Vorsitzende: RARn Rita Berning 8094	Gesamtvertrauensperson/ Vertrauensperson
	Wiesbaden RARn Elke Eckert 4126
	Zweigstelle Bonn Julia-Bettina Küsters 8362
	Datenschutzbeauftragter/ Ansprechperson für Korruptionsprävention
	LRD Joachim Hoffmann 4317

Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 ☒ Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefax: +49 (0) 611 / 724000, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 ☒ Postfach 170377, 53029 Bonn
 Telefax: +49 (0) 1888 / 6448990, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin - Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDS Europäischer Datenservice - Internet: <http://www.eds.destatis.de>, E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72 (Eingang Karl-Marx-Allee), 10178 Berlin
 ☒ Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0) 1888 / 6449427/28
 Telefax: +49 (0) 1888 / 6449430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
 +49 (0) 611 / 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen
 +49 (0) 1888 / 644-1 Bei Durchwahl: 644 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen